

1932

Aktive Mitarbeit an der Staatspolitik

Von Heinrich Jilich

Zwei Gesichtspunkte bestimmen unsere Politik im Rahmen Rumäniens, der eine richtet sich auf den Schutz unseres Volkes und schließt alle Maßnahmen der Volksführung im weitesten Sinne ein, die den kulturellen und wirtschaftlichen Bestand, die völkische Schlagkraft und die Fähigkeiten der Selbsterhaltung bewahren und steigern. Der zweite ist mehr geistiger und schöpferischer Art. Er unterstellt unser Volk einer geschichtlichen Aufgabe, die sich aus unserer Lage in diesem in Gestaltung befindlichen Osten Europas ergibt. Es ist die ursprüngliche Aufgabe unserer Ansiedlung, die Kolonisation. Aber sie wandelte sich im Laufe der Jahrhunderte aus dem Schaffen um Herd und Haus, aus der soldatischen Grenzwehr in den Dienst eines kulturellen Relationsnetzes um, über den die geistigen Ausstrahlungen Westeuropas in den Osten weitergegeben werden. Unser Blut, unsere Geschichte, unsere Tradition weisen uns diesen Vermittlerdienst zu, dessen Früchte im kulturellen Bilde Siebenbürgens leicht zu finden sind und dessen einzelne Aufgaben sich nach der Angliederung unseres Heimatsgebietes an Rumänien beleben, weil die Neugestaltung Europas die Spannungen zwischen östlichem und westlichem Geist verschärft und zugleich auch den Gegensatz zwischen dem heute noch bestimmenden Prinzip des Nationalstaates und eines vorerst noch in vagen Umrissen auftauchenden neuen Europa, das die Idee des Minderheitenrechtes auch in der staatlichen Konstruktion verwirklicht und damit einen der ernststen Gefahrenherde ausschaltet. Da sich nun östliche und westliche Lebensart und minderheitliches sowie nationalstaatliches Prinzip überkreuzen, sich ineinander verwirren, ist das Durchsteuern durch diese verknüpfte Vielfalt unserer geistigen Vermittlertätigkeit nicht eindeutig auszusprechen, auch die Gesamtrichtung unseres Verhaltens zur Wahrnehmung dieser Aufgabe ist schwer anzudeuten. Nur unser Instinkt, nur unsere kulturelle Empfindungswelt wird hier die Linie festlegen können, auf der wir über das einfache Kampffeld der Selbsterhaltung hinaus eine geschichtliche Idee in unserem Volksdasein erfassen und erfüllen können.

Der erste Gesichtspunkt — der eingangs erwähnt wurde als bestimmender Faktor für unsere Politik, — ist dagegen leicht zu umreißen. Er ergibt sich aus den einfachen Gegebenheiten, unter denen wir alltätig hinleben, aus den Angriffen gegen unseren Bestand, aus den Vorkehrungen, die wir gewissermaßen aus dem Verwaltungsdienst unserer Volksinteressen als Notwendigkeiten auftauchen sehen. Betrachten wir diesen Aufgabenumfang und fragen, ob sich daraus unsere aktive Mitarbeit an der Staatspolitik als nötig erweist, so wird man nicht mit einem einfachen Ja oder Nein antworten können. Es gibt augenblickliche Situationen, die es als richtig erscheinen lassen, unsere Mitarbeit einzustellen, uns bloß auf die Abwehr zu beschränken, uns völlig der inneren Stärkung unserer nationalen Reserven, wobei materielle und seelische gemeint sind, zuzuwenden. Das Gesetz der Tagespolitik, die Überlegung der Tunlichkeit bestimmt von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet unsere Mitarbeit an der Staatspolitik. Allerdings wird man grundsätzlich feststellen, daß jede aktive Mitarbeit an der staatspolitischen Front die inneren Gegensätze, die sich zwischen uns und dem Rumänentum oft aufhäufen, mildern muß. Hoffnung auf eine solche allmähliche Beseitigung der Gegensätze ist Grund genug, um

in jedem Einzelfall die rein politische Erwägung über die momentane Taktik wesentlich zu beeinträchtigen. In ruhigen Zeiten, wo unser Dasein keiner augenblicklichen Gefährdung ausgesetzt ist, wird man den Grundsatz der aktiven Mitarbeitsbereitschaft mehr beachten können als in unruhigen, wie sie uns seit 1918 ohne Unterbrechung beschieden waren. Es wird aber wieder unter ganz bestimmten Voraussetzungen vielleicht gerade in unruhigen oft klüger sein, sich im Dienste der staatspolitischen Aufgaben unentbehrlich zu machen und dabei immer darauf zu achten, die gewonnene Position als Kampfmittel für das Wohlergehen unseres Volkes zu betrachten. Bei einiger Ruhe der Erwägung wird man dies tun können, ohne seine staatspolitischen Aufgaben zu vernachlässigen, denn das Gesamtwohl ist durchaus bei richtiger Auffassung erst dann wirklich gefördert, wenn das Einzelwohl auch unseres Volkes als Baustein ins Gesamtgebäude eingefügt werden kann. Läßt sich beides nicht vereinen, so bleibt uns immer als wirksame Waffe der Rückzug aus der staatspolitischen Arbeit.

Grundsätzlich also ist unsere aktive Mitarbeit an der Staatspolitik unbedingt zu fordern. Sie läßt sich auf die einfache Formel bringen, daß wir uns dem Rumänentum unentbehrlich machen müssen.

Dieser Gedanken leitet zurück auf den zweiten Gesichtspunkt, den unsere Volksführung beachten muß und den wir darstellen als die geschichtliche Aufgabe, die sich uns durch die europäische Verschiebung infolge des Weltkrieges in neuer Lebendigkeit bot. Unentbehrlich können wir uns nur dann in wirksamer Weise machen, wenn wir jene schöpferische Vermittlerfähigkeit, diese wahrhaft europäische Aufgabe hier erfüllen. Es ist eine europäische Aufgabe, die sich aus unserem Minderheitendasein ergibt und es ist zugleich eine deutsche Aufgabe, weil die Spielart des neuen europäischen Geistes, dem im Gegensatz zu dem heute bestimmenden westlichen schematischen Geist des nationalstaatlichen Prinzips die Zukunft Europas gehört, aus deutschen Quellen der Weltbetrachtung und -gestaltung gespeist wird. Unser Lebenskampf ist, recht und tief genug aufgefaßt, diese Idee. Allerdings wird man mit Beklemmung fragen müssen: hat unser Volk ein Bewußtsein dieser Aufgabe, fühlt es sich wirklich in diese wesenhafte Strömung hineingestellt? Die Antwort ist wieder nicht klar zu geben. Die Masse ist immer Rohstoff, Boden und Acker. Die Führung hat die Aufgabe, die Saat zu säen und die Frucht zu schneiden. Es wäre eine Selbsttäuschung, wollte man behaupten, daß bisher alles getan wurde, um

unserem Volksleben diesen tieferen und es auf weitere Sicht einzig erhaltenden Sinn zu geben. Unsere Politik verlief hauptsächlich unter dem erstgenannten Gesichtspunkt der, wie wir es nennen wollen, selbstlichen Verteidigung. Aber die Männer mehrten sich, die von dem Schauer der Bestimmung berührt werden, die in die Hintergründe des Schicksalhaften einblickten und uns im Dienste einer Sendung erleben. Noch ist Ungeheueres zu tun, bis diese Ansätze wirkend und bestimmend werden. Eine unabsehbare Fülle von innerer Volksarbeit ist zu leisten, um aus diesem in Not geratenen Volk die Kolonistenschar zu machen, die ihre eigene Art aus wahren Reichtum ausströmen kann.

Das bloß Vorläufige, das für die ganze europäische Lage charakteristisch ist, kennzeichnet auch unsere Situation und doch wirkt unbewußt schon in dem starken Artempfinden unseres Volkes der fruchtbare Boden, auf dem eine bewußte Politik schon heute die Sendlinge unserer „Unentbehrlichkeit“ als Staffette zu dieser Aufgabe abbefehlen kann. Ein sehr großes Gebiet dieser Arbeit wird rein kulturell sein müssen. Und hier sind schon manche Brücken auch zum Staatsvolk geschlagen worden. Der andere Teil der Aufgabe aber öffnet sich in die Staatspolitik.

Die Frage unserer aktiven Mitarbeit an der Staatspolitik darf also nicht bloß von dem Gesichtspunkt der reinen Nützlichkeit betrachtet, sie muß auch dieser geschichtlichen Aufgabe unterstellt werden. Vermag man es — und es wird viele geben, die sich für Realpolitiker halten und es nicht erfassen werden — so wird unsere Mitarbeit an der Staatspolitik zur Pflicht. Es wird gewiß, auch bei voller Beachtung des ganzen Komplexes, vielleicht einmal in größter Notwehr der Augenblick kommen, wo wir als Demonstration, die vorgeschickten Truppen zurückziehen müssen. Wenn das Haus brennt, wird man nicht ackern gehen. Aber unser Schicksal bleibt es deshalb doch, mitgestaltend und möglichst weit mitbestimmend diesen Staat zu dem unseren zu machen. Zu dem unseren wird er nur, wenn er uns an seinem Werke sieht, wenn wir selbst uns innerlich an seinem Bau beteiligt fühlen und uns zum Bau heranwagen.

Daß überhaupt die Frage nach der Nützlichkeit unserer staatspolitischen Mitarbeit gestellt wird,¹ beweist, wie ungelöst das Problem der organischen Eingliederung unseres Volkes in diesen Staat ist, wie

¹ Wie kürzlich in einem Preisausschreiben in Hermannstadt, von dem angeregt diese Zeilen geschrieben wurden.

ungelöst nicht nur wir es empfinden, sondern auch die Rumänen. Durch Abschließung, durch Abwehr, durch tagespolitische Taktik löst man keine grundlegende Frage — und unsere organische Einfügung in das Staatsganze ist eine solche — man löst bloß Einzelheiten. Ja, man löst auch diese nur vorläufig. Die Rumänen können es vielleicht, mit großen Verlusten an den Möglichkeiten, die ihnen die Vielsältigkeit ihres Landes keimhaft bereitstellt, ertragen, wenn wir uns absondern. Wir nicht! Es ist das Zeichen jeder wahren politischen und geschichtlichen Sendung, daß sie kein Ausweichen zuläßt — es sei denn die Selbstaufgabe. Dieser Zwang richtet sich auf uns. Wir müssen ihn erkennen und ihm nachgeben, so schwer es auch mitunter scheinen mag. Diese Erkenntnis drängt uns in erster Linie zur kulturellen Wirksamkeit und zugleich in ebenso starkem Ausmaß zur aktiven Mitarbeit an der Staatspolitik.

Ref 3/1932, Seite 103-107

Volk und Kirche in Not

Von Heinrich Jälich

Wem es nicht ein Genuß ist, einer Minderheit anzugehören, welche die Wahrheit verfißt und für die Wahrheit leidet, der verdient nie zu siegen. Lagarde

Zu unseren Entschlüssen müssen wir immer erst gezwungen werden, und wenn wir endlich den Willen aufbringen, dann kommt er zu früh oder zu spät, aber nicht im richtigen Augenblick, trifft zu kurz oder zu lang, und in jedem Falle daneben. Das war schon vor dem Kriege so, und war während des Krieges so. Es ist in der Revolution so gewesen, und es ist nach der Revolution so geblieben. Aber der Nation liegt ein Bann, den, wie es scheint, nur die vorrückende Zeit, das Absterben der immer noch verantwortlichen Generation, der Tod jedes Einzelnen, der ihr angehört, nach und nach von uns nehmen kann... Wir haben den Ausdruck vernommen, den irgendwer irgendwann irgendwo tat: „Dieses ganze Geschlecht ist verflucht!“ Das Wort gehört zu den wenigen Ausdrücken der Zeit, deren offenbare Wahrheit von uns allen empfunden wird. Es brachte ein laßendes Bewußtsein auf eine knappste Formel und sprach aus, warum alles, was wir tun, oder auch, was wir nicht tun, und wie wir es nicht tun, bereits in der Keimzelle verdorben ist: aus einem unheilvollen Geiste geboren, aus dem die unheilvolle Hand von selbst folgt... Es schnitt alle falschen Hoffnungen, die wir uns nach unserer Gewöhnung immer wieder machen, als gänzlich sinnlos und wertlos und belanglos ab: und eröffnet dafür als einzigen Ausweg, der blieb, einen letzten Augenblick, der nicht in den Redensarten liegt, mit denen wir uns anügen, sondern in einer Menschenänderung, die uns noch zu retten vermag — auf ein neues und nächstes Geschlecht, das wieder gutmachen wird, was wir so schlecht gemacht haben. Revolutionär ist, wer diesem Geschlechte heute schon angehört: in seinem Vorgefühl, in seiner Geistesverbundenheit, in seiner Schicksalszugehörigkeit. —...Unsere Revolution beginnt erst... beginnt mit einer Auferstehung, die in den Menschen geschieht. Sie ist der Durchbruch einer geänderten Geistesverfassung und der sie begleitenden Selbst-erkenntnis.

Moeller van den Bruck

Es genügt nicht, daß ein frischer Luftzug in den Saal des Landeskonsistoriums eindringe: es ist ~~da eine~~ ^{da eine} ~~kauf~~ ^{kauf}ale Erneuerung notwendig.

Kirchenkurator Dr. A. Polonn
in einer Debattenrede auf einem „Böhmischen Abend“ im Winter 1931
in Kronstadt.

Man hört aus verschiedenen Gemeinden, daß ihre Kirchenverwaltungen gegen säumige Steuerzahler außerordentlich harte Maßnahmen anwenden. Die Säumigen sollen nicht getraut, ihre Kinder nicht getauft, in die Schule nicht aufgenommen werden und — wohl das Unheimlichste, was sich ein Steuereintreiber ausdenken kann! — ihre Toten begraben sie ohne Beistand des Pfarrers. Man male sich dies aus: ein Bauer, der die Steuer nicht gezahlt hat, verliert seine Frau. Dieser Schlag ist schon schwer genug. Der Mann hat an der Toten innig gehangen. Für lange Zeit ist ihm das Leben leer. Und nun fällt in solcher Stunde von der christlichen Kirche der zweite Schlag auf ihn. Er muß die Tote, die an der Säumigkeit des Mannes unschuldig war, durch das Dorf führen, wo jeder Mensch ihn anstarrt, wo er Spiegruten läuft für ein Vergehen, das angesichts der Majestät des Todes, den die Kirche hier zum Inkassanten bestellt, ein Nichts, ein Flaum, verziehen und vergeben ist, denn der Abfall der Kirche wiegt schwerer. Es erscheint uns sonst als zelosisch, wenn katholische Priester einem Selbstmörder den letzten Dienst nicht leisten wollen. Dabei kann sich ein solcher Gottesknecht auf die Lehre und die Sünde des Selbstmörders berufen. Wie muß uns aber eine Kirche erscheinen, die einem Toten diesen Dienst verweigert oder schmälert, weil er oder seine Angehörigen ihr Geld schulden! Wo ist da eine Grenze? Wird auch dem Kinde die christliche Bestattung gekürzt, dem Kinde, das noch keine Ahnung davon hat, daß es ein Geld gibt, dessen Funktion es neuerdings wurde, auch das Samariterium des Priesters zu entwerten. Dort wo er trösten sollte, dort, wo es sein Amt und sein Beruf vor Gott ist, dem Leidenden beizustehen, tröstet er nur, wenn das Geld im Kasten klingt. Wir können es einem Kaufmann zugute halten, wenngleich wir auch diesen nicht darum achten werden, wenn er die Not eines Schuldners ausnützt, um zu seinen Pfennigen zu gelangen. Was dort irdische Gepflogenheit ist, die ihre Sündhaftigkeit auf sich trägt, ist hier ein düsterer Unfug, der den Sinn der Kirche aushöhlt, eine Erpressung, für die jeder Kirchenmann schuldig wird, wenn er dagegen nicht auftritt wie Luther gegen den Ablasshandel.

Es ist dabei gleichgültig, ob die kirchliche Beerdigung zur Gänze

verweigert oder ob sie, wie aus Sächsisch-Sankt-Georgen bekannt wurde, auf die „einfachste Art des Vollzuges“, auf die „geistliche Funktion“ reduziert wird. Denn der Falbestand eines harten Zwanges auf den Steuer säumigen im Augenblicke eines Schicksalschlages ist auch im zweiten Falle gegeben, ebenso die Anprangerung der ganzen Familie. Es ist daher nur ein Zeichen der Würde, wenn der Bauer, dessen Tote einer solchen Strafe unterworfen wird, wie in Sankt-Georgen erklärt, „daß wenn der Herr Pfarrer nur zum Dienst am Grabe komme, sie ihn überhaupt nicht brauchen und wenn er doch käme, so könnte es schlecht ausfallen.“

Die Kirchengesetzgebung zu dieser Frage ist eindeutig. In den Rundschreiben 3. 3552/1928, 3554/1928 und 4604/1930 ist der Komplex geregelt und zwar darf „der Vollzug kirchlicher Amtshandlungen“ „von der Zahlung der kirchlichen Taten nicht abhängig gemacht werden“. Gemeinden, die ein kirchliches Begräbnis verweigern, handeln also ungesetlich. In den Rundschreiben wird nun allerdings dieser christliche Standpunkt eingeengt. Es wird nämlich vorgesehen, daß, außer den gegenwärtig bestehenden Gebühren, für Steuer säumige noch besondere Gebühren, die höher sind als für solche, die ihre Abgabepflicht erfüllt haben, eingeführt werden dürfen. Das Moment der Repressalie im Augenblick der persönlichen Schicksalsnot des Säumigen ist also kirchenrechtlich wahrgenommen und geregelt. Hierin aber erblicken wir einen Abfall vom Christentum! Es besagt dagegen nichts, daß in jedem Falle, auch wenn die Säumigen nicht zahlen oder keine Sicherung hinterlegen, die geistliche Amtshandlung (Taufe, Eheschließung und Beerdigung) „in der einfachsten Form“ zu vollziehen ist. Denn diese „einfachste Form“ ist höchst variabel, trägt wie eben erwähnt den Stempel der Anprangerung an sich und läßt Mißbräuchen Tür und Tor offen. Man argumentiert wohl so: daß dem Säumigen, der seine Pflicht nicht erfüllte, auch die christliche Amtspflicht nur in „einfachster Form“ gewährt werden solle, gewissermaßen als ein Minimum, das auch dem letzten Sünder zusteht. Aber es ist durchaus widersinnig, christlichen Beistand in verschiedener Form zu gewähren; denn das drückt die Amtshandlung auf die Tätigkeit der Bestattungsunternehmen herab, die Leichenbegängnisse verschiedener Klassen arrangieren und behebt doch nicht das fatale, durchaus unchristliche Moment der Vergeltung, die — es sei nochmals wiederholt — hier in einem Augenblick der seelischen Wehrlosigkeit der Säumigen verübt wird.

Es ist eine Belastung, daß unsere Kirche seit Jahrhunderten neben ihrem christlichen Amt nationale Aufgaben erfüllen muß. Keiner wird den Zwiespalt übersehen können, in den sie dadurch geriet, auch wenn er diese Aufgabe bejaht. Aber ein Gebiet muß es geben, wo nur der christliche Sinn bestimmt, wo kein Geld, keine wirtschaftliche Rücksicht walten darf. Dieses Gebiet verletzen, heißt die Kirche zum Gespött machen. Dieses Gebiet ist die menschliche Seele.

Man wird einwenden, daß viele Steuersäumigen nicht zahlen wollen, daß ihre Böswilligkeit die Kirchengemeinschaft gefährde. Gewiß, der Tatbestand ist ernst. Die Kirche hat das Recht, von ihren Gläubigen Opfer zu verlangen, für Schule, Gotteshaus und Volk. Wo dies Recht schleichwillig verletzt wird, da soll sie sich wehren. Welche Waffen hat sie? Das Recht der Steuer-Erekution! Es gibt kein größeres für einen Gläubiger. Ja, man wird in Fällen, wo die Böswilligkeit der Säumigen nach gewissenhafter Prüfung bestätigt erscheint, der Kirche außerdem nicht verweigern, daß sie Vergeltungsmaßnahmen ergreift, die den Schuldner rascher treffen als die Erekution, die von den Staatsbehörden oft nicht ernsthaft durchgeführt wird. Man wird, da er seine Pflichten nicht erfüllt, auch seine Rechte und Vorrechte kürzen, seine Kinder vielleicht ausschulen, obgleich dieser Vorgang nationale Gefahren in sich birgt. Man wird ihm Ehrenstellen und Wahlrecht nehmen. Aber man kann ihm die Rechte nicht nehmen, die der Seele auch des Mörders gebühren: Hilfe und Beistand. Zu diesem Beistand gehören: Tröstung, Beratung, Taufe, Abendmahl und Beerdigung. Wozu hieße unsere Kirche noch christlich, wenn dieser Grundsatz nicht Geltung hätte!

Einzelne Kirchengemeinden setzen sich heute darüber hinweg. Nicht aber das Volk. Aus den Berichten über Begräbnisse ohne den Beistand des Pfarrers wissen wir, daß die Bauern ihre christliche Gesinnung nicht verrieten. Hinter dem Sarg zog die Nachbarschaft mit. Sie brachte es nicht fertig, einen Stein auf den Toten zu werfen. Sie schritt, mochte der Pfarrer auch fehlen, im Zuge und erwies, wie das von jeher war, dem Gestorbenen die letzte Ehre. Wo, kann man da fragen, ist die höhere Menschlichkeit, wo das reinere Christentum? Zugleich aber wird man die Gefahr nicht unterschätzen, die in der verbenden Ausstrahlung des Ereignisses steckt. Wer einmal in einem solchen Leichenzug schritt, der wird Vergleiche ziehen. Der wird mißtrauisch. Der wird kirchenfeindlich. Und dann möge man die Rechnung machen, ob noch ein Ertrag aus der Anwendung dieses Zwangsmittels übrig bleibt.

Ein mannhafter Pfarrer wird sich einer solchen Forderung widersetzen. Er wird Widerstand leisten, wenn die Kirchenverwaltung von ihm verlangt, was er vor Gott und seinem Amte nicht verantworten kann, selbst wenn es ihm anbefohlen wird.

Wir nannten die Zwangsmittel der Kirche. Wir müssen aber betonen, daß es ihrem Wesen zuwiderläuft sie zu ergreifen. Ihre Waffen sollen nicht diese sein. Ihre Argumente heißen nicht Steuerexekutor und Kinderausschulung. Ihre Waffe ist die Überzeugung, die geistige Führung, die Siegeskraft des Glaubens!

Hat unsere Kirche alles getan, um mit diesen Mitteln den Troß und die Entfremdung vieler Gläubigen zu brechen? Ist nicht die Schuld der Leute ihre eigene doppelte Schuld? Seit vielen Jahren hören wir, daß die Entfremdung wächst, daß die Zahlungswilligkeit gefährlich nachläßt, daß mit einem Worte: der Geist schwach wird. Was ist getan worden, um Wandel zu schaffen? Wir haben in früheren Zeiten die Einrichtung der General-Kirchenvisitation festlich gepflegt. Viel Gutes wurde durch sie geschaffen. Haupt und Glieder verschmolzen fester, Geist und Kraft wurden belebt. Und heute? Ist nicht dies die Zeit, wo der Heiland den Jüngern sagte: „Geht zu den verlorenen Schafen vom Hause Israel“? Ist dies nicht die Zeit, wo die höchsten Führer der Kirche von Dorf zu Dorf ziehen müßten, nun aber nicht mit sechs Pferden und Glockenjubiläum? Ist dies nicht die Zeit, da Jesus die Volksmenge sah und es „ergriff ihn tiefes Mitleid mit ihnen, denn sie waren abgehehrt und verwahrloßt wie Schafe, die keinen Hirten haben“? Müßten nicht die Oberhirten still am Sonntag, ehe einer im Dorfe es weiß, in der Kirche sitzen und der Predigt zuhören, ob der Pfarrer lauge; müßten sie nicht nachher hervortreten, den Zustand der Gemeinde prüfen, zu den Leuten sprechen, ihr Geheimstes zu erfassen suchen, Recht erkennen und Unrecht steuern, den Mut aufrichten und den Glauben zünden? Und müßte dies nicht eine Arbeit sein, die schon seit Jahren in allen Orten, in Stille und Eifer, aber auch mit der Wucht des Gerichts getan hätte sein müssen? Müßten nicht alle Gemeinden längst mehrmals solche Zucht verspürt haben und solchem Besuche danken?

Und statt dessen?

Wo ist die größte Schuld an dem Abfall, wenn die Obersten nicht selbst solche Arbeit leisten, gläubig mit den Waffen der Kirche fechten und Berge versetzen? Ist der arme Schlucker mehr schuld, der aufbegehrt, weil er nicht ersaßt, was er der Gemeinschaft opfern muß,

oder die Kirche, die ihn nicht überzeugt? Erst wenn die Obersten der Kirche Jahr um Jahr so in der Mitte des Volkes, von Mensch zu Mensch, von Haus zu Haus gewirkt haben, wenn die Kirche alles getan hat, was sie tun muß, wenn sie sich frei an die Brust schlagen kann und ihre Unschuld zu bekennen wagt, dann mag sie die Sünder mit ganzer Härte strafen, aber auch dann stürze sie nicht erpresserisch aus dem Hinterhalt auf Menschen, die im seelischen Jammer ihres Schicksals dastehn, sondern dann schließe sie sie vorher aus der Gemeinschaft mit klarem Spruch.

Auch nach voller Erfüllung ihrer Hirtenpflicht wird es viele geben, die kein inneres Verhältnis zur Kirche finden können. Bekennen wir Laten es ein, daß uns selbst, aus eigenem Verschulden, aus eigener Verstocktheit, der Ernst mangelt, mit dem wir den Anforderungen der Kirche entsprechen müßten. Dies muß eingestanden werden, wenn wir Vorwürfe erheben. Wir leben an ihr vorbei, manche in der Qual des Zweifels, viele in der Ode der Gedankenlosigkeit. In geistigem Hochmut, in intellektueller Verirrung. Aber viele auch, weil sie trotz aller Bereitwilligkeit keinen seelischen Weg zu den alten kultischen Formen finden. Wir sind eine evangelische Kirche, wo der Einzelne in unmittelbarem Verhältnis zum Ewigen steht nach dem Worte Luthers: „Wir sind alle zum Tode gefordert, und es wird keiner für den anderen sterben, sondern jeder muß in eigener Person geharnischt und gerüstet sein, mit dem Teufel und dem Tode zu kämpfen“. Der Kirche Versagen ist auch unser Versagen. Das mindert in Nichts die Verantwortung der geistlichen und der weltlichen Kirchenführer, es stellt nur die unsere fest.

Aber selbst, wenn die letzte innige Verbundenheit unzähliger mit dem religiösen Gehalt der Kirche fehlt, so ist dies kein Grund, für niemand, ihr den Rücken zu wenden, denn unabhängig von den Einzelheiten der Lehre berührt doch jeden Gutwilligen der christliche Gedanke, der in der Tatsache wirkt, daß diese Kirche, vielleicht in größerem Maße als andere, Gemeinschaft ist. Gewiß, auch nationale Gemeinschaft, was — wie wir erwähnten — eine Belastung darstellt, aber recht aufgefaßt zugleich auch ihre besondere Kraft ist. Hören wir nur in unser Inneres. Jeder in diesem Volkstum, das sich mit der Kirche deckt, empfindet, ist er reinen Willens und offenen Herzens, mag er sich im übrigen zu den religiösen Vorschriften stellen, wie er will, mag er selbst am Gottesdienst und Kulte vorbeigehen, die

Verbundenheit mit dieser Gemeinschaft. Deshalb trifft ihn, den religiös scheinbar Unberührten, auch wo er selbst schuldig ist, wie bei der Zahlungsverweigerung, eine unchristliche Vergeltung der Kirche bis ins Herz, denn er spürt es als ihren Abfall, wenn sie, die Mutter, sich ihm dort, wo er sie ruft, verweigert. Es ist sicherlich unkonsequent, wenn er der Kirche nichts gibt, und doch, fordern es Sitte und Brauch, ihren Beistand verlangt. Aber die Unkonsequenz beweist ja nur, daß er sich dennoch, vielleicht überlagert von gewöhnlichen Regungen und gesellschaftlichen Rücksichten, seelisch verbunden weiß. So dürftig dies Band ist, es ist lebendig. Der Pfarrer, der es als einen Zipfel zu den Herzen mit beiden Händen greifen muß, möge ruhig dabei auch die nationalen Gefühle zu Hilfe rufen. In der Tat des Opfers, in der geleisteten Verpflichtung des Einzelnen für die Gemeinschaft wird er zugleich die Keime christlichen Empfindens bei denen pflegen, die seiner Lehre sonst nicht folgen.

Dieses Gemeinschaftsgefühl ist die breite Tragsfläche, ohne die das übrige Gebäude nicht stehen kann. Erstirbt es heute, so trifft den Abtrünnigen die Schuld, aber auch die Kirche wird schuldig, denn dies Mindeste kann durch lebendiges geistliches Wirken erreicht werden.

Unsere Kirche wird dann wieder auferstehen und aus einem Verwaltungskörper, der sie heute vielfach ist, zum seelischen Mittelpunkt des Volkes werden, wenn sie von oben reformiert wird. Wir sind ebenso wie in unseren innerpolitischen Verhältnissen auch in den kirchlichen vor lauter Unentschiedenheit lahm. Dies gilt besonders für die Kirchen- und Schulpolitik. Wir merken Gärung und Wandel des Volkes und können keine Folgerung ziehen. Ein Provisorium ist, so dünkt es, der Weisheit letzter Schluß, wenn man z. B. sieht, daß diese Kirche mit vielen Hunderten von Gemeinden Monate lang ohne Landeskirchenkurator belassen wird, in einer Zeit unerhörtester Krise ohne obersten Verwalter. Straßauf und -ab pfeifen es die Spagen von den Dächern, wie wenig Autorität Kirche und Führung haben. Man spreche mit den lebendigsten Mitgliedern des Landeskonsistoriums und höre deren Klagen über den „Verknocherten Ausruf“ an, wobei dies Wort das mildeste ist, das ich von solchen Konsistorialräten hörte.¹⁾ Wissen wir nicht alle,

¹⁾ Ich wäre in der Lage, eine ganze Anzahl sehr ablehnender Urteile, die in oft verblüffend scharfe Worte gefaßt wurden, aus dem Munde von Männern wiederzugeben, die eine Rolle in unserem Volke spielen und das Landeskonsistorium, dem sie zum Teil selbst angehören, aus seinen Leistungen kennen. Leider fielen die Aussprüche in privaten Gesprächen. Deshalb ist es mir unmöglich, Namen und Worte

daß Personenfragen jene Änderungen verhindern, die an allen Tischen des Sachsenlandes als längst nötig täglich besprochen werden, ohne daß sich einer der Verantwortlichen fände, den Zustand, der uns fesselt, zu beseitigen. Personenfragen sind Machtfragen. Aber welche Macht üben noch Leute aus, die alt und zeitenfremd drei oder vier Jahrzehnte ihres Einflusses nicht hinsfahren lassen wollen? Ihre Macht reicht doch nur soweit, die Erstarrung zu vermehren. Wer wird die Folgen erben? Die Enkel oder die Alten? Ist wirklich kein Mann da, der die Deichsel anfaßt und die Dinge beim Namen nennt? Wir haben lange genug gewartet. Ich wage es zu behaupten, daß es keinen Mann gibt, der den gegenwärtigen Zustand unserer Kirche nicht beklagt, der nicht nach den neuen Kräften rief. Warum wird die Wahrheit gesüßelt und nicht vollzogen? Soll an der Entschlußlosigkeit weniger ein Volk zerfallen? Eine Kirche verkümmern?

Die heutige Lahmheit hat sich in einem bitteren Vorgang schon früh symbolisch angekündigt. Damals, als die Kirche es ertrug, daß anno 1916 Pfarrer ihre Posten verließen und mit der scheugewordenen Masse, die allerdings keine Führerverantwortung hat, davonliefen aus einer Gegenwart, wo es dem Unbekannten standzuhalten galt. Wir hörten, daß nachher einige dieser Pfarrer an ihrer Pflichtversäumnis schwer litten. Andere trugen sie leicht und die Kirche forderte keine Sühne. Zu gleicher Zeit standen Zehntausende unseres Volkes nicht nur vor einer unbekannten und vielleicht gar nicht vorhandenen Gefahr, nein, sie standen, junge Burschen und Männer, vor dem Angesicht des Todes fünf lange blutige Jahre; sie starben wirklich auf ihrem Posten, jahrelang, und verließen ihn nicht. Wer es dennoch getan hätte, dem wäre für solche Flucht vor dem Sterben auch die Verurteilung durch die Kirche gewiß gewesen. Glaubt man denn wirklich, daß der Geist, der es ertrug, daß einige — gottlob nicht alle! — Führer in der Panik ihr, gerade für die Not bestelltes Amt verließen, zum Ausgleich gebracht werden kann mit jenem Geist der Kriegerschaft, dieser maßgebenden Kritiker zu nennen. Doch staune ich darüber, daß sie selbst nicht der Erkenntnis die Tat folgen lassen. Träte einer dieser „Arrivierten“ auf, dieser Männer mit allergrößtem Einfluß, er fände im Augenblick von Broos bis Draas eine aufstöhnende brausende Gefolgschaft. In einem Sturm der Erlösung könnte all das, was heute mühsam von wenigen jungen, kaum bekannten Kräften vertreten wird, durchgeführt werden und wir hätten nicht den schweren Kampf der Opposition nötig, der so manches Gute naturgemäß verkrampt. Aber es ist ja unser Elend, daß die Arriviertheit auch kluge und vorausschauende Menschen zu einer aufrüttelnden Tat meist unfähig macht.

der bleibt und wiederersteht, solange seine Diener leben und neue Männer geboren werden! Wir tragen längst den Bürgerrock wieder. Die Seelenspaltung blieb. Nicht der einzelne Flüchtling ist schuldig; selbst den geslohenen Führern wollen wir nicht fluchen. Immer gab es laue und starke Naturen. Es kommt bloß darauf an, wer führt. Die Launen oder die Starken. Während die Männer im Felde waren, bildete sich der Geist aus, der heute noch nachwirkt und bestimmt. Die Heimkehrer hatten wohl alles geopfert, aber sie fanden nach der Heimkehr kein warmes Nest; jahrelang kämpften sie um den Platz an der Sonne, um sich das nackte Leben zu sichern, das sie vordem ein Jahrfünft dafür zu Markte trugen, daß die Zuhausegebliebenen das ihre behielten und ihm Schutzdämme bauten. Ihr Einfluß auf die Volksführung ist durch das Schicksal bis heute behindert. Nun aber erträgt es unsere Zukunft nicht mehr, daß die Kirche immer noch in einem Geiste verwalltet wird, der der Zeit nicht besser standhält. Die Flucht anno 16 ist hier genannt als ein Symbol für einen geistigen Mangel. Als die Männer kämpften, liefen die Schützer der Gemeinden davon. Und die Kirche hielt kein Bericht über sie! Die Männer sind längst wieder da. Verstehen wir endlich jenes Symbol! Soll ein verkrustetes System von Beziehungen, veralteten Kirchenordnungen, von Platzängstlingen und Zeilsremden verhindern, daß in die Kirche, die doch die unsere ist, der Geist der Tapferkeit einzieht? Die Verantwortung ist heute zu laß. Der Opfermut zu gering. Der Materialismus zu groß. Wurde es seit anno 16 nicht schlechter? Wissen wir nicht, daß der Raub unserer Schulautonomie, noch ehe er gesetlich fundiert war und auch da ungesetlich blieb, auf „kaltem“ Wege vor sich ging, daß wir Befehle, die uns erreichten und ungesetlich waren, befolgten, daß wir uns zu wenig wehrten, — denn wer wird heute noch Parlamentsreden eine Verteidigung nennen? Wir brachten das Volk nicht zum Aufbegehren. Wir intervenierten. Wir schmissen die falschen Verordnungen nicht aus den Fenstern. Wir schlugen sie rumänisch und deutsch an die Wände an. Wir klagten nicht bei den Gerichten gegen den Staat. Wir intervenierten eben. Wir stellten uns auf wie Hähne und schrien, nun gingen wir nach Genf, unsere Geduld sei gerissen. Wir gingen nicht! Nun soll es demnächst doch geschehen, denn bei uns sind verschobene Taten nicht aufgehobene Taten. Aber auch bei uns wird der Angriff, den man auf Eis legt, erstarren. Der Zahlungsunwille ist gewiß Materialismus. Wundert man sich darüber?

Diese Tathachen, die einmal gesagt werden mußten, sind keine Geheimnisse. Sprecht doch mit den jungen Pfarrern, hört doch ihre Worte. Aber auch hier fehlt so vielen der Bekennermut in der Öffentlichkeit. Sich bei den Machthabern keine Läuse in den Pelz zu sehen, das ist noch heute Trumpf, wo uns die Felle weggeschwommen sind. Die urfächssische Angstlichkeit hemmt die Besten; sie übersehen sie mit „Volksdisziplin“. Da wird noch immer christlich verziehen und verstanden. Da ist der Mangel an Kraft noch läßlich. Da versteht man noch, daß der Nächste auch sein Kreuz hat. Warum hat man die harte Hand zuerst gegen den kleinen Mann?

Dreizehn Jahre ertrugen wir, daß Stein nach Stein aus dem Bau der Kirche gebrochen wurde. Wir redeten uns ein, der Weg der Diplomatie und der Interventionen werde, wenngleich er im Augenblick nichts bringe, später etwas taugen. Prüfen sich die Leute, die diesen bequemen Weg gingen, ob sie an ihn geglaubt haben? Haben nicht alle davon geredet, daß uns einmal doch nichts anderes übrig bleibe, als nach Genf zu gehen? Und gingen doch nicht. Warum rief man kein rumänisches Gericht gegen die Ungefeßlichkeit mancher Geseße an? Das wäre doch ein Weg gewesen, durch den Staat zum Rechte zu kommen, das wir uns nehmen ließen.

Man beschönige nichts mehr. Große Redensarten, beleidigte Verwahrung sind private Angelegenheiten. Nennt doch die Talen und die Früchte eurer besten Absichten! Greift euch an die Brust und prüft euch, ob ihr davon überzeugt wart all die Jahre, daß ihr mit dem von euch eingeschlagenen Weg uns wirklich wiederbringen könnt, was ihr aus unserem Gut auf dem gleichen Wege verloren habt.

Eine Kirche ist wie ein Volk. Da wohnen auch die Schwachen neben den Starken, die Müllosen neben den Tapferen, die Dummen neben den Klugen, die Greise neben den Männern. Wer hat die Wage in der Hand? Nur darauf kommt es an!

Es ist — wer weiß das nicht seit Jahren! — die höchste Zeit, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen. Es wäre das Ende, wenn der Wein nicht schon bereit läge, nicht schon gärte auch innerhalb der Kirche. Seht nur um Euch! Da ist der schaffende Geist noch in vielfacher Gestalt. Da gibt es noch manchen ernsten Arbeiter am Werke. Da reist manch eine Frucht auch in dieser Zeit. Aber darauf kommt es an, daß das Steuer herumgeworfen wird, daß das Blut wieder lebendig kreist, daß man die Sacke in die Hand nimmt und jätet, was heute den Schößlingen das Licht verwehrt!

Zur Wahl des siebenbürgisch-sächsischen Bischofs

Von Heinrich Zille

Zwischen der Wirklichkeit der Tatsachen und ihrer öffentlichen Wahrnehmung klappt im siebenbürgisch-sächsischen Volksleben fast immer ein Spalt, über den aber das Geklüster und Gezischel, der sehr öffentliche Klatsch leicht hinüberspringt. An diesen Klatsch muß man sich leider oft halten, wenn man die Meinung des Volkes erfahren will. Diesen Klatsch muß man oft zu Räte ziehen, will man wissen, was vor sich geht.

Seit einiger Zeit weiß man also, daß unser langjähriger Bischof D. Dr. Fr. Teutsch, dessen Verdienste auf vielen Gebieten liegen, in Unbelacht seines hohen Alters ein Rücktrittsgesuch beim Landeskonsistorium eingereicht hat. Das Konsistorium ist bereit, den Rücktritt anzunehmen, will aber dafür mit vollem Recht einen feierlichen Anlaß wählen. Daher soll der Tag des formellen Rücktritts der Geburtstag des Bischofs sein, der 17. September. Kein Mensch wird dagegen Einspruch erheben. Daß aber nun, wo dies gesichert ist, kein offizielles Wort den Rücktrittswillen des Bischofs meldet, vermuthlich weil der

Rücktritt formell noch nicht vollzogen ist, ist höchst verwunderlich; obwohl ich fürchte, es wird manche geben, die in diesem Verschweigen geradezu eine Tugend sehen. In Wirklichkeit ist es der Ausdruck der zur Gewohnheit gewordenen Geheimregiererei, die immer den Keil des Mißtrauens zwischen dem Volk und denen legen wird, die in des Volkes Namen dessen Geschäfte führen. Während man schweigt, läuft das Gerücht doch hundertmal im Kreise herum und wird von den Mitgliedern des Landeskonsistoriums selbst bestätigt. Überall sonst in der Welt hätte man in einer Verlautbarung der Pflicht gegen Bischof und Volk genüge getan und mitgeteilt, daß der erste Mann der Gemeinschaft zurückzutreten wünscht. Nur bei uns nicht! In ernster Zeit reicht also der Bischof mit Rücksicht auf sein Alter das Rücktrittsgesuch ein. Das Volk erfährt nur durch Gerüchte davon. In schwerster Krisenzeit wird ein neuer Bischof gewählt werden. Das Volk soll daran beteiligt sein!

Man komme nicht mit dem Hinweis auf die sterbende Demokratie in allen Ländern. Dort läßt das Volk eine abgeforderte Einrichtung auf. Das Volk wehrt sich dort gegen die faul gewordenen Auswirkungen einer Demokratie, die zur Parteiherrschaft und schließlich zur Parteioligarchie führte. Es wäre ein Miß, behauptete die so zustandgekommene Oligarchie, selbst schon der geistige Ausdruck der antidemokratischen Volksströmung zu sein, weswegen sich eine antidemokratische Reform erübrige. Ebenso ist es ein Miß, wollten unsere nach veraltetem Wahlrecht bestellten Körperschaften mit Hinweis auf die sterbende Demokratie die in ihnen verkörperte überlebte Ordnung als das für uns gerade notwendig Neue bezeichnen und die auch bei uns erforderlichen Reformen als schon vollzogen erklären. Der Geist gibt den Ausschlag.

Jedes Wahlrecht ist ungerecht. Jedes hat seine großen Fehler. Jedes ist nur zeitlich geeignet. Bei jeder Wahlordnung wird man nur eine halbe Wahrheit in Formen gesagt haben. Bei der Festsetzung der Wahlverfassung wird man immer zwischen zwei Übeln das kleinere wählen und, da das Leben wandelbar ist, wird dasselbe Übel nicht immer das kleinere oder größere bleiben. Die Schäden des Masswahlrechts sind bekannt. Sie müssen hier nicht nochmals dargestellt werden. Darüber gibt es keinen Zweifel, daß die Auswahl des Geeigneten aus mehreren Bischofskandidaten eine äußerst schwere und verantwortungsvolle Entscheidung verlangt, die von Hinh und Kunz nicht geleistet werden kann. Jedes Volk geht mit seinem Fühlen und

fahren. Die Gemeindevertretungen aber, von denen die Presbyterien bestellt werden, sind wohl von den Urwählern (über 25 Jahren) frei gewählt worden. Doch sie werden in einer Weise gewählt, die mit größter Sicherheit, gerade in so wandelbarer Zeit wie heute, die lebendige Verbindung mit dem Volke bald abschnüren muß. Sie werden nämlich für sechs Jahre bestellt. Die Wahl wird aber nur immer für die Hälfte der Mitglieder vollzogen. Alle drei Jahre also wird die Mitgliederhälfte der Gemeindevertretungen erneuert. Zugleich erfolgt die Wahl in die Bezirkskirchenversammlung nach derselben Ordnung. Die Landeskirchenversammlung aber wird durch die Bezirke für jede Verhandlung durch Abgesandte beschickt. Außerdem gehören allen Körperschaften sehr viele Personen von Rechts wegen an.

Es ist ohne weiteres klar, daß die sechsjährige Betrauung der Gemeindevertretungsmitglieder heute veraltet ist. Dies wird dadurch noch betont, daß eine Proportionalwahl nicht stattfindet und die geschlagene Minderheit unvertreten bleibt, sofern gesonderte Listen eingereicht werden. Bei der Aufstellung gemeinsamer Listen erfolgt in einem Wahlvorbereitungsausschuß eine Einigung der verschiedenen Richtungen auf bestimmte Personen; aus diesen wählt nun das Volk, wie längst erwiesen ist, nicht etwa nach Grundsätzen der Tauglichkeit und der Zielsurebichtigkeit der Anwärter, sondern nach ihrer Beliebtheit. Beliebt ist bei uns z. B. sehr häufig, besonders in Kronstadt, der nebenbei auch beneidete Gelddesitzer. Unser Personenwahlrecht führt also dazu, daß von vornherein eine unsachliche Auswahl erfolgt, ohne daß die Schäden der Proportionalwahl — nämlich politische und Anschauungsspaltungen — vermieden würden. Sie werden vielmehr von vornherein zugunsten der stärksten Partei entschieden, ohne der Minderheit eine Stimme zu sichern, sofern diese sich mit den Brosamen einer Voreinigung nicht zufrieden gibt. Dieses Wahlrecht ist schlecht, unsachlich, tauscht Gegenstände in die Luft von Kompromissen, die bloß aus Mandatskaskerei geschlossen werden. Es schädigt den Geist. Es nützt der Sache nicht.

Nun ist noch folgendes in Erwägung zu ziehen: Politische Körperschaften finden heute viel mehr Interesse als kirchliche. Die lebendigeren Kräfte drängen zuerst in die Politik. Daher die besondere Zähflüssigkeit der kirchlichen Körperschaften. Daher die außerordentlich geringe Veränderung in den höheren Vertretungen, wo jahrzehntelang der Tod fast der einzige Wahlmacher ist. Daher der Edelrost

Danken zu jeder Zeit einen ganz bestimmten Weg. Der Weg wird angedeutet und durch Handlungen weitergeführt von denen, die in lebendiger Verbindung mit dem *wissenschaftlichen* Inhalt der Zukunft sind. Es kann durchaus möglich sein, daß solche Führer das Volk zwingen müssen. Es kann aber auch möglich sein, daß ein liberaler Organismus diesen Weg verratet. Solange man kein Gottesgnadentum eines obersten Führers glaubt und hat, wird in solchen Fällen der Appell an das Volk immer in irgend einer Weise erfolgen müssen, denn um dessen Heil geht es. Dieser Augenblick ist heute für unsere Kirchengemeinschaft mit der neuen Bischofswahl gekommen.

Nun meinen wir nicht etwa, es solle der Bischof von allen Gläubigen gewählt werden. Wir wissen, daß dies kirchenrechtlich erst nach großen Umänderungen und nach längerer Zeit möglich wäre. Wir fordern aber, daß dem Neuen, das in unserem Volke gärt und dem die Zukunft gehört, schon jetzt Rechnung getragen werde. Die heute in Geltung stehende Wahlordnung kann Schaden anrichten. Sie begünstigt eine Wahl, die mit der Volksstimmung auch nicht im geringsten rechnet. Sie kann, weil dieses Volk neue Formen will und innerlich voll des Neuen bebt, zur Wahl eines Mannes führen, der in kürzester Zeit mit dem Widerstand der Kräfte zu tun hat, die als das schöpferische Element der Zukunft den Volksweg bestimmen.

Daher ist es notwendig, zum ganzen Fragenkreis sofort Stellung zu nehmen. Es handelt sich um eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit. Der neue Bischof hat ein Reformwerk vor sich, das über den Bestand der Kirche und damit auch des Volkes entscheidet. Es wäre Freigebigkeit, nicht unverzüglich all das, was bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich im Dunkel verbleibt und dem Hörensagen überlassen wird, aufzuklären und einen gesunden Weg zu suchen. Es ist unwürdig, die Aussprache über die Wahl und die Kandidaten nur den Saustischen und Interessentliken zu überlassen, aber die verantwortliche Öffentlichkeit zu scheuen. Die ohnehin öffentliche Frage darf nicht verdunkelt, die alle berührende Angelegenheit nicht zum Spielball einiger Gruppen, die gerade in den Wahlkörpern sitzen, gemacht werden.

Wie ist der Wahlvorgang? Alle Presbyterien schlagen drei Kandidaten der Bezirkskirchenversammlung vor. Die Bezirkskirchenversammlungen schlagen aus dieser Liste sechs Kandidaten der Landeskirchenversammlung vor, die daraus mit absoluter Mehrheit den Bischof wählt. Also ein, wie es scheint, höchst demokratisches Ver-

der Jahrhunderte in den Konfessionen, von dem man in diesem Falle nicht einmal sagen kann, daß er einen besonders ästhetischen Anblick bietet. Diese Bewegungslosigkeit hat in den dreizehn letzten Kampfsjahren manche Schluppe, die Kirche und Schule, erlitten, ermöglicht. Die innere Ungeklärtheit im Kirchenleben, die Spannungen, die Gleichgültigkeit haben hier eine ihrer Ursachenquellen.

Der neue Bischof soll all dies bekämpfen. Der neue Bischof wird vornehmlich den stillen Tod unseres Volkes, die Gleichgültigkeit, das schon beginnende Zellachstum der Seele und des nationalen Bewußtseins ausrotten durch eine lebendige, alle mitreisende Erneuerung. Daher muß er aus diesem Gedanken der Erneuerung gewählt werden, unter größter Teilnahme des Volkes. Er soll unser aller Bischof sein, nicht von Gnaden einiger Bischofsmacher, die womöglich so alt sind, daß sie die Suppe, die sie uns einbrocken, niemals selbst austöffeln werden.

Daher wehren wir uns dagegen, daß der Bischof von den Körperschaften gewählt wird, die ihr Mandat nur bis zum Ende dieses Jahres haben. Wir fordern, daß mit proportionellem Wahlverfahren vorerst die Gemeindevertretungen aufgefrischt werden. Dieses Wahlverfahren kann ohne Verfassungsänderung in Aufnahme kommen. Ist auf Grundlage dieser Neuwahl die Besetzung der übrigen Körperschaften erfolgt, dann erst soll der Bischof gewählt werden. Es wäre ein Widersinn, wenn ohnehin abtretende Körperschaften eine so wichtige Frage entscheiden.

Es beschleicht uns ein Gefühl der Verzweiflung, wenn wir einsehen müssen, daß die organisatorischen Mängel der Wahlverfassung leider nicht beseitigt werden können, ehe es zur Bischofswahl kommt. Selbst wenn die unteren kirchlichen Vertretungen vor der Bischofswahl aufgefrischt werden, wird sich nicht allzuviel in der Zusammensetzung der entscheidenden Spitzenversammlung ändern. Darum können wir nur Eines tun: die Gewissen aufrufen.

Der neue Bischof, der in einer Zeitenwende sein Amt antritt, muß ein Bischof der Jugend sein. Er muß innerlich verbunden und verwachsen sein mit ihren Ideen. Er wird seine großen Aufgaben nur erfüllen können, wenn er die Zukunft in sich verkörpert. Die Zukunft unseres Volkes ist in solcher geschichtlichen Stunde wie heute bei der Jugend. Niemals vielleicht ist eine so ungeheuere Verantwortung auf die Schulltern gerade der Älteren unseres Volkes geladen worden, da

diese, durch den Wandel der Zeiten in vieler Hinsicht unsicher, den Mann wählen sollen, der manches ablehnen muß, was sie selbst verkörpern. Jeder, der mitwählt, sei sich des tragischen Zwiespalts bewußt, in den er gestellt ist. Er sei sich vorher darüber im Klaren, daß sein reinstes Gewissen, seine härteste Selbstkritik, seine schweigende Selbstaufopferung verlangt wird. Er wisse, daß nicht nur die Massen unseres Volkes übergangen werden bei dieser Wahl, die doch ihr Schicksal zu bestimmen vermag, sondern daß die ganze sprachfähige Jugend bis weit in das vierzigste Jahr so gut wie keine Stimme hat. Durch den Zufall der Entwicklung und unserer Verfassung sitzen gerade diese Wahlmänner beisammen und sprechen für ein ganzes Volk. Wenn nicht jeder von ihnen dies wie Feuer in sich empfindet, ist er vor seinem Gewissen nicht wahlberechtigt. Und wird er, wenn er seine Verantwortung so empfindet, nicht mit uns der Meinung sein, daß es diesmal — an einer Zeitwende! — Pflicht ist, in das Volk hineinzuhorchen, dessen Meinung zu erfragen, die Jugend zu hören, ehe man sich, als der zufällig Wahlberechtigte, entscheidet? Die Landeskirchenversammlung muß ein Bild davon haben, was das Volk in seinem sprachfähigen Teile denkt. Es sind Aussprachen über die Kandidaten nötig. Es sind Umfragen nötig. Das mag ein ungewöhnlicher Vorschlag sein. Einerlei — es ist ein notwendiger Vorschlag!

Bei der Auswahl des geeigneten Mannes können nur sachliche Momente den Ausschlag geben. Es muß ein Bischof sein, der die schwerste Aufgabe seines Amtes erfüllen kann, dem Volke die Kirche wieder nahezubringen, das Gefühl der gemeinschaftlichen Bindung zu stärken, den Geist der Kirche wieder von Mensch zu Mensch lebendig zu machen. Es muß also ein Bischof sein, der weiß, daß in einem Volke, innerhalb dessen sich wie in aller Welt ernste strukturelle Verschiebungen geistiger aber auch sozialer Natur vollziehen werden, Gegensätze durch die nächsten Jahrzehnte notwendig hinziehen müssen. Es muß also ein Bischof sein, der keinerlei Verlogenheitspolitik, keinerlei Einseitigkeit, keinerlei Breitenheimlichkeit duldet, der dies vielmehr wie die Pest haßt und diese wahre Pest austreibt, der, ehe er sich entscheidet, sein Ohr jeder Opposition leiht, der fähig ist, jede Stimme unvoreingenommen aufzunehmen, der Mut hat gegen den äußeren und inneren Feind, kein Konventikelspieler, kein Buchstabenreiter, kein Ehrgeizling, kein theologisches Stiefpferd, aber ein lebendiger freier Geist, ein offener reiner Mann, kein schlauer Fuchs, kein Vernünftling, kein Bischof der

Greise, sondern einer der Jugend, denn er wird die Kirche veröden, wenn er dies nicht alles ist.

Uns hat das Schicksal heute in der rechten Wahl des rechten Bischofs eine Möglichkeit gegeben. Ein Mißgriff darf nicht erfolgen. Eine Notlösung kann nicht geduldet werden. Wir müssen uns jetzt entscheiden, nicht nachher zeternd. Und so wird diesmal zum ersten Male die öffentliche Meinung auch gehört werden müssen. Mit Unerbittlichkeit soll geprüft werden, ob der Kandidat in seinem bisherigen Wirken stark, rein und gerecht war, ob er in entscheidenden Fragen den Mut zur Entscheidung hatte, ob er fähig ist, sich zu bekennen, ob er frei ist von Eitelkeit und Pose — diesen bösesten Pfarrereigenschaften — ob er in jedermann den Menschen zu sehen vermag und doch Führer, das ist: entscheidender, schöpferischer und freier Geist ist, ob er das Recht will und nicht den Beifall, ob er die Unbequemlichkeit der Pflicht spürt, ob er einsam sein kann um der Wahrheit willen und die Schmeichler weggagt, ob er dabei doch hören und aufnehmen kann, ob er zwischen Schwärmern und Männern zu scheiden weiß, ob er sterben kann, wenn es nötig ist, ob er zum Volke zu sprechen weiß und dessen Seelsorger ist. Man hört oft, der Bischof müsse repräsentieren, er müsse gewissermaßen „würdig zu schauen“ sein. Nein, einen solchen brauchen wir nur, wenn er mehr ist, wenn er Demut hat vor Gott und den Menschen und Mut gegen den Teufel und die Menschen. Und wenn er die Zeichen zu deuten weiß, die die Zukunft nicht bloß unseres Volkes sondern des ganzen Erdteils für sehende Augen längst an den aufdämmernden Himmel malte!

Kpf 8/1932

Seite 289-295

Nachwort

Von Heinrich Jillich

Weder Dienert, Möckel noch Schäfer bestreiten das Grundsätzliche meiner Ausführungen im Juliheft. Sie bekennen sich vielmehr dazu. Wogegen sich vor allem Dienert und Schäfer wenden, ist die Lage in den Gemeinden, die unabhängig von aller priesterlichen Bemühung durch Bege und Unverständnis geschaffen worden sei, und ist die große Not des Pfarrstandes selbst. Wir wollen gerne zugeben, daß wir intellektuellen Laten viel zu selten und zu wenig auf diese Not hingewiesen haben. Aber ich bin nicht der erste, der im „Klingsor“, wo religiöse Fragen seit jeher einen großen Raum einnehmen, die Mitschuld der Laten aufzeigte. Schon im Jahre 1927 (Seite 289) schrieb Alfred Pomarius: „Es ist von unübertrefflicher symbolischer Bedeutung, daß es die Kirchensteuer ist, um die als Problemmittelpunkt sich alle die Erscheinungen entwickelt haben, deren Gänge die heutige Krise ausmacht“. Er führte dort auch aus, daß man oft höre und lese, die Krise werde auf eine Verführung des Volkes zurückgeführt, aber wer „aufmerksam in sich hineinhorcht, wird in seinem Innern die Betroffenheit und die Scham darüber entdecken können, daß eben das Volk sich verführen ließ“. Im gleichen Aufsatz steht das wahre Wort: „Bei uns ist die heutige Krise eine Gesinnungsniederlage“. Und eben dort lesen wir, daß — mache man die Bewegung der Unzufriedenen (wie ich es früher getan hatte) zu einer Mitschuld der Geistlichen — so selten die Geistlichen eine Mitschuld des Volkes.

Wer die Wege der Kirche zu beurteilen unternimmt, kann keine andere Stellung beziehen. Aber dieser Standpunkt erfordert zugleich kritisches Bekenntnis, wenn die Kirche von ihm abweicht, — sonst wäre er ein leeres Plaktreten. Von diesem Standpunkt aus ergibt sich die Pflicht, das Grundsätzliche festzuhalten — die drei Äußerungen haben es gleich mir getan, womit die Frage der kirchlichen Steuerrepressalien in Fällen seelischer Not des Steuerverweigerers geklärt sein dürfte. Im übrigen soll das Landeskonsistorium hierin auch schon die Folgerung gezogen und bei böswilliger Steuerverweigerung den Ausschluß des Betreffenden aus der Kirche ins Auge gefaßt und damit einen klaren Weg betreten haben. Unser Standpunkt aber erträgt es auch, daß die Blickrichtung — nun da das Grundsätzliche gewahrt ist — verändert werde. Daher begrüße ich die in den drei Aufsätzen

enthaltenen Bemerkungen zu dem meinen. Ich will sie zum Teil gerne als Korrekturen betrachten. Vor allem soll durch sie die Schuld der Laten den Pfarrern gegenüber deutlicher in Erscheinung treten, als es in meinem auf die Prinzipien gegründeten Aufsatz geschehen ist. Immer unter der Voraussetzung der festgehaltenen wahrhaft christlichen oder kirchlichen Haltung wird man mit Recht wünschen können, wie es Dienert anklingt, daß die leibliche und seelische Not unserer Pfarrer auch einmal einen Dichter anrühre, aber man wird — gerade weil der Dichter Wesen und geistigen Gehalt einer Erscheinung in das leibliche Bild umsetzen soll und dabei immer die Vielfalt der Abweichungen an die hohe Einseitigkeit des einen Gegenstandes drangeben muß, um diesen in seine letzten Möglichkeiten zu steigern — dem Dichter der Bauernballade im Juliheft das Recht seiner Stellungnahme nicht abprechen dürfen — denn wo das Grundsätzliche verletzt wurde, wird der Dichter nichts anders tun können, als anzuklagen.

ik g s

Heft 9/1932, S. 355-356

Denkt an die Gräben!

Von Heinrich Zißlich

Es ist von Natur so eingerichtet, daß Völker wie Menschen an ihren Krankheiten sterben . . . Es gibt andere Todesursachen, jähe: eine Katastrophe, die uns überfällt, unvorhergesehene Ursachen, und unberechenbare. Sie sind der Zufall. Aber die Regel sind Gebrechen, Leiden und Laster, die sich lange angekündigt haben . . . Die Natur warnt immer, die Geschichte warnt immer. Und Klugheit greift ein, solange es noch Zeit ist . . .

Die Deutschen, mit denen wir heute in der politischen Öffentlichkeit zu tun haben, sind ohne Gesicht. Sie haben nur Physiognomien. Und vielleicht haben sie Masken.

Wir warten in Grauen und Hoffnung auf das deutsche Gesicht.

Moeller van den Bruck

Dieser Herbst ist für uns Siebenbürger Sachsen ein Herbst der Entscheidungen. Entscheidungen nicht in dem leeren und oberflächlichen Sinne der politischen Taktik. Nicht weil wir einen Bischof wählen, nicht weil wir an einem Sachsentag Weg und Ziel neu bestimmen werden. Nicht weil Neuwahlen neuen Männern und vor allem jenen Raum und Platz geben sollen, die ein alles Volk als halbe Kinder mit Recht in Schlachten schickte, ihrem Geiste aber den Einfluß wehrte. Nein, nicht darum stehen wir vor Entscheidungen. Nicht darum wird dieser Herbst von uns mit Grauen und Hoffnung erwartet.

Er wird erwartet, weil die äußeren Geschehnisse, denen wir entgegengehen, innere sein müssen. Weil sie leer, verlan, verflucht bleiben, wenn nur die Forderungen der Jugend in Formen gegossen, nur ihre Ziele in Worten anerkannt werden. Dieser Herbst wird eine Lüge sein zu vielen andern, wenn er nicht ein Ausbruch wird zum deutschen Gesicht, das so lange verhüllt und grinsend maskiert war.

Wir sagten, was uns bewegt. Wir riefen es jahrelang hinaus. Wir saßen zusammen und suchten die Form. Wir wogen Einwand und Vorschlag ab. Aber es wäre grauenhaft, wenn nun dies alles durch schlaue Füchse wieder zur Maske erstarrte, wenn die neue Vorschrift zur Deckung des alten, entleerten Geistes würde. In Grauen stellen wir fest, daß ein solches Verbrechen begangen werden kann.

Aber in Hoffnung grüßen wir den Quell, der schon sprudelt, der klar ist, der aus Dörfern und Städten die Jugend zu den Fahnen rief und längst auch zur Tat. In Hoffnung warten wir, daß von hier

die Flamme überspringe. Von hier der Wille den Damm der Gleichgültigkeit breche. Von hier das deutsche Gesicht sieghaft aufleuchte.

Jede Entscheidung trägt die wesentliche Entscheidung erst hinter sich her. Die äußere Wendung besagt noch nichts über die Wandlung.

Neid und Mißtrauen sind unsere Nationalfehler. Wer vermag von uns den Gesinnungsgegner frei anzuhören? Wer vermag es von uns, dem Anhänger, der sein Süppchen auf verlogenen Worten kocht, die Türe zu weisen? Von der reinen Gesinnung der Wahrheit, der inneren Strenge entfernt, zerfrißt uns die Taktik, die üble Freundschaft der gleichen Privatinteressen. Wo ist das deutsche Gesicht der Entscheidung? Wo ist, wenn einer fehlte, der Mut seines Eingeständnisses und damit die Läuterung?

Grauenhaft das Ergebnis der letzten Vergangenheit: Zusammengebrochen die wirtschaftliche Rüstung, hunderle von Dörfern innerlich verwüstet, die Selbständigkeit der Kirche oft kampfunfähig aufgegeben, leer die Herzen, stumpf der Sinn; große Worte von erfüllter Pflicht dennoch straßauf und -ab, wie es von jeher dort war, wo man das Beste weder von sich noch von den Seinen forderte.

Aber während mehr durch Zufall als durch eigene Kraft ein Rest der Vergangenheit steht, das Volk selbst zum Gerichthalten schwach wurde, wächst die Jugend.

Selbstbekenntnis, Eingeständnis der eigenen Schuld, die uns alle bedrückt — nur jene Jugend nicht, die in Henndorf Gräben auswarf — ist die Schwelle zur Erneuerung.

Und sie führt in Gräben.

Gräben werden in unseren Dörfern von der Jugend gezogen und tragen anderen Nutzen. Gräben werden gezogen und schaffen Land anderen, die nicht graben, die nur die gleiche Sprache sprechen. Andere entwässern ihre Gründe damit. Andere heimsen den Ertrag. Und diese Gräben, durch die unsere Jugend geht, ohne Lohn und ohne Selbstgewinn, sie grüßen hinüber über drei Jahrzehnte zu einem Labyrinth von Gräben, an denen eine ältere Jugend unseres Volkes in blutiger Arbeit einst jahrelang mitbaute. Dort heulte der Tod über die Grabenränder, hier steigt das Leben aus der Grabensohle. Aber in beiden wirkte das Opfer, in beiden die Unterordnung, in beiden der Dienst. Dort das Schicksal, das eine faule Welt umschuf mit grauenhafter Gewalt, hier die erste Frucht des umgeborenen Geistes.

Lernen wir Symbole sehen!

Werden wir offen für die innere Bedeutung der Ereignisse. Von jener zu dieser Jugend ist der Weg nicht weit. Beide stehen in unserer Mitte, heischend, gebend, opfergezeichnet. Wer durch Gräben ging, durch solche Gräben, hat unser aller Recht.

Dies muß gesagt werden. Und wenn in einer Zeit, wo das Wesenhafte nicht an der Oberfläche bestimmt, wo ein Volk nicht mehr weiß, wem es zu danken hat, niemand es sagt, der den Nutzen der Gräben gedankenlos zum Geschenke nimmt — so muß es einer sagen, der in ihnen stand.

Gräben sind das Symbol dieses Herbstes, der ein Anfang sei. Wer Gräben aushob, wird auch Gräber auswerfen können und über dem toten Geist unseres Volkes zuschütten.

Denkt an die Gräben, auch Ihr, die Ihr den Nutzen zieht, wenn Ihr am Sachsensag sieht, wenn Ihr den Bischof wählt, auch Ihr, die Allen, Ihr, die Verantwortlichen für 13 dunkle Jahre!

Vor der deutschen Jugend liegt ein schwerer, schwerer Weg. Sie hat an politischer Erziehung nachzuholen, was ein Jahrhundert versäumte, das wir mit der Übernahme einer westlichen Ideologie und der Beruhigung bei einer patriotischen Phraseologie zubrachten, bis schließlich die eine an der anderen zusammenbrach. . . . Die deutsche Jugend horcht auf. Aber noch hat diese Jugend das eigene Volk gegen sich. Darüber müssen wir uns klar sein. Und langsam erst bereiten sich im Volke . . . die Veränderungen eines politischen Denkens vor, die sich in einer Richtung bewegen, in der unsere Rettung nur liegen kann. Aber wir wissen auch: einmal kommt immer der Augenblick im Leben eines Volkes, in dem seine Jugend das Volk selbst geworden sein wird und es keinen Willen mehr gibt außer dem ihren und außer dem seinen, die beide zu einem und demselben Willen geworden sind.

Moeller van den Bruck

Ref 10/1932, Ref 405-407

„Die Sendung der jungen Generation“

Von Heinrich Zillich

„Große politische Leidenschaft ist ein köstlicher Schatz: das matte ~~Leb~~ der Mehrzahl der Menschen bietet nur wenig Raum dafür. Glückselig das Geschlecht, welchem eine strenge Notwendigkeit einen erhabenen politischen Gedanken auferlegt, der — groß und einfach — jede andere Idee der Zeit in seinen Dienst zwingt.“
Treitschke

Überall im Reich und sonstwo wird über die Jugend geklagt, die sich mit einer anscheinend unbegreiflichen Hartnäckigkeit weigert, die überkommenen Werte und Formen zu übernehmen. Sie ist rücksichtslos. Sie hat keine Ehrfurcht im Leibe. Wer dies jammernd feststellt, erinnert an die Alten, die Knut Hamsun mit den Worten geißelt: „Nun steht eine Jugend hinter mir, von aller Einsicht bis zur Schamlosigkeit, bis zur Barbarei unterschätzt, nur weil sie jung ist.“ Was für ein Geschrei wird denn da erhoben über die Jugend, die einer Welt über den Kopf wächst. Wie lahm das Sammern nach Autorität, als ob man sie erbellen könnte. Als ob man sie nicht selbst haben müßte!

Wenn Jugend rebelliert, dann stimmt es bei den Alten nicht. Dann ist irgendwas faul. Dann wird zuviel gelogen in der Welt. Dann gibt es bei den voranmarschierenden Generationen wenig zu bewundern. Kraftvolles Alter, kraftvolle Männer sind, ohne Autoritätlerich, von Natur aus Führer.

Es ist billig und falsch, den Unterschied der Generationen in unserer Zeit zu leugnen und die Gegensätze, die man doch nicht übersehen kann, auf den immerwährenden Kampf der Jungen, die in die Stellen der Alten einrücken wollen, zurückzuführen. Schon dieses Gerede beweist, daß man nicht versteht, worum es in der Welt geht. Es beweist, daß ein Kurzsichtiger eben nur das sieht, was vor seiner Nase liegt. Für den, der solches spricht, war alles vergebens, was geschah, der Krieg, die Revolutionen, der Wandel des Zeitgefühls, die innere Entscheidung, alles, alles. Er ist der hoffnungsfelige Bürger, das optimistische unheroische Geschlecht vor 1914, das erst heute langsam ersetzt wird, das den Krieg nicht schlug, aber verlor, das von Maschinengewehren nicht umbrüllt war, aber sich bardisch an fremden Heldentaten erregte. Das ist die Würde der Front vergaß, wenn es in der Sicherheit des Hinterlandes stand.

Es gibt keinen mit klarem Sinne, der den Schnitt zwischen Gestern und Heute nicht spürte. Das Neue überfiel die Jugend schicksalhaft. Es gebar sie um. Sie stammelte davon. Sie war von ihm geblendet. Viele Jahre lang stand die Jugend nach dem Kriege beiseite. Sie bekannte sich krampfhaft zu ihrer Generation. Sie wußte noch kein Ziel. Sie lehnte nur ab, was man ihr als Ziel vorschwebte, weil sie innerlich dessen Brüchigkeit empfand. In hundert Lagern verzettelte sie sich. Mehr als zehn Jahre dauerte es, bis sie aus der Größe ihrer Erlebnisse die Front dichterisch zu gestalten begann. So tief saß das Große. Doch dann brach es durch. In einer Flut von starken Büchern, unerhört in ihrer Neuheit, in ihrer Bekenntnisschwere, in einer ganz neuen literarischen Form, erschien Kriegsbuch auf Kriegsbuch. Das Thema fing an sich zu enthüllen — vorerst als Bestandsaufnahme des Erlebnisses.

Und als man an diesen Werken allmählich innerlich wieder erfaßte, was man durchlebt hatte, sah man auch die wirkenden schöpferischen Köpfe, die schon früher neue Wege angerissen hatten. Man wurde sich in einem Schauer der Beglückung darüber klar, daß es nur die deutsche Jugend war, die in solche Not geworfen war, daß es deutsche Aufgabe war, die da der Klarheit entgegen gor. Denn überall sonst war es stumm oder regte sich bloß oberflächlich. Eine Jugendbewegung hatten vor 1914 nur Deutsche; aus ihr wuchs der große Typ der jungen Frontsoldaten, aus diesen nach Qualen, nach Jahren maßloser Verkennung das Bewußtsein der deutschen Sendung, die Bejahung der deutschen Revolution.

Wir meinen nicht die Revolution von 1918. Wir meinen die Revolution mit dem Anspruch an die Welt. Wie es die englische, wie es die französische, die russische war. Eine Revolution, innerhalb deren die Meuterei von 1918 eine Episode bleiben wird, welche — wie das kürzlich ein Wort des „Tatkreises“ ausdrückte — nur die Opposition Wilhelm II. an die Macht brachte; was konnte diese alle Welt der neuen Generation sagen! Sie wurde von ihr genau so abgelehnt wie die Vorkriegszeit. Sie war ihr viel zu wenig fruchtbar.

Ich sagte, in solchem Erkennen sah die Jugend des Reichs die schöpferischen Köpfe, die sie zu bejahen vermochte. Sie sah vor allem Moeller van den Bruck, der in seinem Werke „Das dritte Reich“ nicht bloß das Schlagwort für die einzige, ganz aus der jungen Generation geborene Partei schuf, sondern auch deren besten Inhalt. Sein großes Wort, daß die Revolution zu bejahen sei, um „die Revolution zu

gewinnen“, sein Wort vom Dritten Reich gab Klarheit darüber, daß eine wirkliche Revolution nur eine nationale sein könne. Erst durch ihn wurde die Revolution bewußt, wurde sie der Werdegang zur Synthese des revolutionären und konservativen Menschen, durch sie wurde der Nationalismus frei von der Bürgerlichkeit, offen für den Sozialismus, der nun sinnhaft, volkhaft, unmarxistisch ins Leben treten konnte und nicht bloß in die Partei. Moeller nahm vorweg, was die Zeit später ins Bewußtsein rückte. Er spürte, was werden mußte. Nach ihm faßte Edgar J. Jung in seinem Werke „Gegen die Herrschaft der Minderwertigen“ wenige Jahre nach dem Kriege die Zeit unter eine unbarmherzige Lupe und zeigte gleich Moeller van den Bruck die Umrisse des Dritten Reiches.

Wenn Deutschland durch Jung die schärfste kritische Darstellung der Zeit erhielt, durch van den Bruck die erste Fassung der neuen politischen Ziele des deutschen Volkes, so gab nun ein ganz Junger, E. Günther Bründel in seinem Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, in dem Werke „Die Sendung der jungen Generation“, (bei E. S. Beck, München), eine Darstellung der inneren Struktur der jungen Generation und zugleich den Umriss ihrer Sendung.

Ich vermag niemand von der Lektüre des Buches zu befreien, wenn ich einige Hauptzüge daraus wiedergebe, wobei ich mich fallweise auch auf andere Werke und die eigene Erkenntnis berufe.

Was ist eine Generation? Zeitlich umfaßt sie dreißig Jahre. Ihrem Wesen nach ist sie eine Geburtsgemeinschaft, die durch bestimmte Erlebnisse, die in die fruchtbare Zeit der ersten bleibenden und lebensbestimmenden Eindrücke fällt, zu einer Jugendgemeinschaft wird. Früher waren die Generationen durch die Verschiedenartigkeit der Erlebnisse ihrer Zugehörigen nicht so klar gezeichnet wie heute. Die heutige Jugend aber ist als Erlebnissgemeinschaft einheitlich geprägt. Große Ereignisse, denen sich niemand entziehen konnte, gaben ihr gleiche Merkmale. Rechnen wir die Zeit zwischen dem 16. und 24. Lebensjahr als die Spanne der tiefsten Erlebnissfähigkeit, so fällt jener Jahrgang, der 1914 mit 24 Jahren ins Feld ging als ältester noch in die junge Generation. Der letzte Jahrgang, der ins Feld zog, war der von 1899. Diese Frontjahrgänge gingen an die Front als Jünglinge, unfertig, prägbar. Ihr wesentlichstes Jugenderlebnis war der Krieg. Die Schlacht der Prägstock. Diese zehn Jahrgänge, die wahren Trä-

ger des Fronterlebnisses, sind die älteste Schicht der neuen Generation: die Junge Frontgeneration. Etwa sechs bis sieben Jahrgänge, die darauf folgen, wurden durch das Heimerlebnis des Krieges zusammengeschweißt, durch Not des Hauses, des Volkes, durch Hunger, Revolution, Umsturz, die ihre entscheidenden Erlebnisse waren: die Kriegsjugendgeneration. Ihr folgen die jungen Jahrgänge, die den Krieg bewußt nicht mehr erlebten, auch die chaotischen Zustände der Nachkriegszeit nur im Dämmer der Kindheit erfahen, durch die Krise jäh aufgeweckt, von der seelisch unruhigen, in den inneren Felsen gärenden Welt bestimmt wurden: die Nachkriegsgeneration.

Die junge Frontgeneration war durch die Jugendbewegung der Vorkriegszeit angerührt. Sie allein ging unter allen Frontjahrgängen von einer lockenden neuen Welt der Naturoverbundenheit beschwingt, offen vor Jugend ins Feld. Sie blutete am meisten. Sie wurde auf die Hälfte ihres Bestandes in Schlachten verringert. Sie hat mehr erlebt als alle, die vor ihr und nach ihr schritten. Sie „war mitten aus der Flachheit einer gesicherten bürgerlichen Welt vorgestoßen gleich bis zu den Quellen des Elementaren“. Sie stand im Tode. Sie verlor jede Illusion des Hinterlandes, vor allem jede Lüge. Sie lernte sterben, lebte in der Kameradschaft, in den einfachen und großen Dingen des tragischen Lebens, des ganzen Einfaches. Sie opferte sich. Und als sie heimkehrte, überfiel sie der Schmutz der Heimat, die Gier, Verlogenheit, Gemeinheit des Lebens ohne Todesbereitschaft, der Triumph der Daheimgebliebenen, die ihnen noch den Platz an der Sonne erschwerten, die ihnen nicht nur den in Blut und Tod erkämpften Einfluß auf die Nation wehrten, sondern auch das Brot. Sie sahen die „Heimkrieger“, die Drückeberger, die nur durch ihr Fernsein Hochgekommenen überall vor sich stehen. Sie verzweifellen. Sie fanden nicht Ruhe. Sie fragten weiter wie in den Schützengräben nach dem Sinn. Sie lernten unsäglich verachten. Sie riefen: dafür haben wir geblutet und unsere Jugend geopfert, daß nun die Nichtkrieger uns kalt beiseite schieben. Sie rannten, wo es wieder einen männlichen Einsatz gab, sofort aufs neue an die Fronten. In allen Revolten führten sie. In hundert Freikorps kämpften sie weiter. Sie verzagten und empörten sich. Sie wollten mit dem Kopf durch die Wand. Sie, die tragische Generation! Aus ihnen entstanden die Kritiker der Zeit, aus ihnen der erste Dichter des Krieges, aus ihnen die Schöpfer der Nationalsozialistischen Partei, die jungen Führer der

Kommunisten, aus ihnen wurde die Aufgabe, die Zielsetzung der ganzen dreigeleiteten Generation in furchtbaren seelischen Kämpfen geboren. Sie sind die ersten Vorkämpfer, Ahner und Opfer einer neuen Zeit, eines neuen Jahrhunderts, eines neuen Gesichts der Erde.

Unders die zweite Gruppe. Sie ist kühler, gesammelter, untragischer, ungenialer, aber vielleicht deshalb dereinst die wahre Erfüllerin der Aufgaben, die die junge Frontgeneration stellte. Die Größe der Kriegszeit berührte sie, aber in anderer Art. Sie lernte die Not kennen. Sie feilschte mit hartherzigen Bauern um ein Stück geschmuggelten Brots. Sie sah den Verfall des Bürgertums mit jungen reinen Augen. Sie lernte, sich in diesem Babel, ganz anders als die jungen Frontkämpfer, zu tummeln. Sie wurde nüchtern. Doch mit dem Impuls der Jugend, mit dem Drang nach Gerechtigkeit. Sie, die nie sicher waren, daß morgen sich ihr Leben änderte, schärften den Blick für das Soziale; sie übersprangen die Standesgruppierungen; sie sahen sie kaum noch. Sie wurden bis in die Seele sozialistisch, wenn sie auch vom Marxismus, einer theoretischen Lehre, nichts hielten. Ein solcher Blick aber, ganz aus dem Leben und Erleben geschöpft, gab ihnen zugleich den nationalen Funken ins Blut. Sie sahen ihr Volk leiden und die andere Welt frohlocken. Sie glauben an die Weltverbrüderung noch weniger als die Frontsoldaten. Sie bekämpfen die Alten nicht mit jener inneren Wut der verratenen Brüder von der Front. Sie lehnten die alte Welt mit Kühle ab. Siebrauchten sie gar nicht. Sie schwimmen sicher in der unbürgerlich gewordenen, äußerlich bürgerlich gekünchelten Welt.

Die Nachkriegsgeneration ist die der Unproblematischen. Sie erlebte die Inflation, die die Kriegsjugendgeneration unerhört aufregte und läglich zu verschlingen drohte, kaum noch bewußt. Sie wuchs in einer früherischen Ruhe auf, allerdings jenseits der Vorkriegsbürgerlichkeit, in einer seltsamen Unkompliziertheit und Sportlust; es war als almete in ihr das ganze Volk nach furchtbarer Anstrengung einige Augenblicke lang ruhig aus. Ihr Erlebnis ist die Weltkrise. Sie wurde von dieser aufgeschreckt, in die Arbeitslosigkeit geschleudert und damit in die Front der zwei älteren Schichten eingereiht. Sie wurde vielleicht zum gnadenlosesten Gegner des wirtschaftlichen Weltsystems. Heute füllt sie vor allem die Bünde, die jungen großen Parteimannschaften.

Mit dem Satze über das Wirtschaftssystem haben wir ein Ziel ausgesprochen, das alle drei Gruppen eint. Was sie mit zum Aus-

druck einer neuen Zeit und zum wirklichen Träger der deutschen Revolution macht. Wir wollen den Begriff der Revolution klären. Wir müssen ihn von dem der Revolte abscheiden. Revolte ist der Ausdruck einer aktiven Unzufriedenheit, die vergänglich ist. Revolution der Umbruch einer Zeit. Revolutionen dauern viele Jahre. Sie gebären einen neuen Menschentyp. Die englische Revolution umfaßt mehr als ein Menschenalter. Als sie vorbei war, war der Engländer ein anderer geworden. Anstelle eines Kriegers ein welterobernder Händler. Er wurde für mehr als ein Jahrhundert der Typ, der die Erde wehrlos machte, der sie unterwarf. Die französische Welt schuf den Typ des liberalen Bürgers. Auch er wurde weltgütig. Auch seine Revolution dauerte ein Menschenalter. Heute, wo seine Ideen entartet und unglaublich wurden, ist die Zeit der deutschen Revolution gekommen. Wie alle Revolutionen ist auch sie eine nationale und zugleich eine weltbestimmende. Sie wird mehr als ein Menschenalter dauern, denn sie hat die einzigartige weltgeschichtliche Situation, auf eine andere Revolution zu prallen, die russische, auf eine Revolution allerdings, die innerlich brüchig ist, weil sie nicht aus der Tiefe des Volkes entstand, sondern aus dem Gehirn, der Theorie, dem Kommunismus. Sie findet ihren Ausdruck daher nicht in der Befreiung, nur in der Sklaverei, nur im Zwang.

Jede Revolution schafft einen neuen Wirtschaftsgeist. Jede Revolution ist verankert in einer Generation, die durchaus neu sieht, plant, denkt und lebt. Das noch herrschende Wirtschaftssystem ist der Kapitalismus, der noch herrschende Geist der bürgerliche. Wo steht die Jugend? Man kann heute alle Parteien unter den Reichsdeutschen — und Deutsche allein sind es, die diese Revolution tragen — sieben, die Jugend steht nur in den Parteien, die den Kapitalismus ablehnen. Wo sollte sie denn stehen! Es wäre eine schlimme Verlogenheit, wenn man von Millionen Arbeitswilligen, die nicht arbeiten dürfen oder wenn sie arbeiten, kaum zu essen haben, forderte, sie sollten die Welt der großen Besitzer vertreten. Ein System, das Arbeit nicht geben kann, ist alt. Ferdinand Fried hat in seinem „Ende des Kapitalismus“ (bei Dietrichs, Jena) nachgewiesen, wie die biologische Substanz des Kapitalismus entartet. Die Söhne der führenden Kapitalisten taugen als Kapitalisten wenig. Die Jugend, selbst die mit Geld, drängt weg vom System, durchaus nicht weg von der Technik oder vom Erwerb. Das Durch-

schaften schwankt zwischen 68 und 55 Jahren. Das hat seinen Grund nicht nur darin, daß junge Männer heute kaum noch „avanfieren“ können, sondern darin, daß selbst die Erben großer Vermögen aus den kapitalistischen Formen flüchten. Sie werden „romantisch“, suchen andere Berufe. Fried hat dies im Einzelnen bewiesen. Die Jugend findet keine Idee mehr im Kapitalismus. Daß er keine mehr hat, hat wiederum Fried bewiesen.

Damit ist als eine wesentliche Komponente dessen, was die deutsche Revolution zur Aufgabe hat: die Beseitigung des heutigen Wirtschaftssystems genannt. Nicht etwa durch den Kommunismus, nicht durch eine andere Art theoretischer Spekulationen, die den ewigen Erwerbstrieb des Menschen und die Besitzfreude unberücksichtigt lassen. Die Ablösung kann nur erfolgen durch einen neuen Geist des Wirtschaftens, durch den die Wirtschaftsformen natürlich auch wesentlich, aber entwicklungsgemäß verändert werden. Es ist eine alte volkswirtschaftliche Wahrheit, daß wir diese Entwicklung längst schon gehen, die Entwicklung zum mehr kollektiven, zum planmäßigen, zum gemeinschaftlichen Wirtschaften, das das private Wirtschaften nicht ersetzen, nur eingliedern wird. In dieser bekannten Formulierung fehlt allerdings das Wesentliche, Ausschlaggebende: die nationale, die volkshafte Gerichtetheit der Wirtschaft, die erst durch die deutsche Revolution aufleben wird und die wir Sachsen schon einmal in Ansätzen kannten und heute wieder zum Teil erstreben. Die Ausrichtung des Wirtschaftens auf einen großen weltgültigen Zweck, nicht auf ein Wohlbefinden, ist dies Neue. Also nicht bessere Wirtschaftssysteme, damit es dem Einzelnen gut gehe, sondern Wirtschaftssystemänderung im Dienste einer nationalen Sendung. Hiemit ist aber die Absage an den bürgerlichen Subjektivismus ausgesprochen. Wie könnte man auch eine solche Einstellung in Verbindung bringen mit dem Opfergang des Krieges. Sie starb ja dort schon in den Wurzeln ab.

Deutscher Gestaltwandel ist eine Angelegenheit ganz Europas. Das war immer so. Deutschlands geographische Lage ist nicht nur sein Schicksal, es ist das Schicksal Europas. Und es ist, da Europa noch immer die geistige Bestimmung über die Erde in „alten gierigen Händen“ hält, Schicksal der Welt. Es ist kein Zufall, daß die Welt aufstand, um Deutschland zu bekriegen. Dies konnte nur einem Volke gegenüber geschehen, von dem man in der Welt wußte, daß es in Kürze geistig bestimmen werde. Die Wirtschaft, die Politik, die zum Kriege

drängten, hatten ein Ohr für die Gefahren, die ein solcher Gegner bedeutet. Es ist aber der Sinn des Weltkrieges, daß er gegen der Völker Willen und trotz ihres Siegs nur förderte, was der Deutschen Weltaufgabe ist. Es ist die Schaffung des neuen weltgültigen Menschentyps.

Der entsteht nicht aus der Retorte der Theorie. Der wird aus Blut, das floß, aus der Revolution geboren, an deren Anfang das Reich steht. Wir können diesen Typ nur ahnen. Doch wir können seine Wege abstecken. Er wird sich entwickeln aus den inneren Wandlungskämpfen der Deutschen untereinander, das heißt also: aus dem Sieg der jungen Generation, die ihn in sich trägt.

Die deutsche Jugend fühlt also die Aufgabe, eine neue, bessere, weltgültige Lebensform zu finden. Die Deutschen regierten Jahrhunderte in Europa in tausenderlei Formen. Sie unterdrückten nicht. Mit der religiösen Auffassung des Volkstums, die ihnen gemäß ist und die durch das nach dem Kriege ausgeweitete Volkstumsgefühl (Neuentdeckung der Auslandsdeutschen) neuerlich zum Erlebnis wurde, mit jener nur ihnen angeborenen Mischung von individuellster Freiheit und straffstem Gemeinschaftsgefühl, haben sie das lebensordnende Verständnis, daß andere Völker in ihre Aufgaben miteinschließen und doch eigenwüchsig gelassen läßt. Gewiß, der Weg geht der Selbststeigerung entgegen, aber er geht weiter, er geht in die Gerechtigkeit. Dadurch unterscheiden sie sich von den Franzosen. Gerechtigkeit bedeutet der „radikalste Gedanke unserer Revolution“: nämlich der nationale Sozialismus; gerecht ist der Drang zur Neuordnung Europas, die nur möglich ist in einem neuen Geist, der nicht demokratisch-schematisch ist, aber ebendeshalb auch nicht chauvinistisch. Als erstes faßbares Ziel wuchs daraus jener Gedanke, den Bischof Wirsing in seiner großen Konzeption „Zwischeneuropa“ (bei Diederichs, Jena) aufzeichnet: die wirtschaftsförderative Neuordnung aller in der Substanz unbürgerlich gewordenen Staaten, das heißt, aller Staaten von den französischen Grenzen bis zu den russischen. Ein Gedanke, den man — so klar aus den wirtschaftsgeographischen Gegebenheiten wurde er entwickelt — ganz ohne den seelischen Wandlungsvorgang der deutschen Revolution denken kann und der auch in den Vorzugszollforderungen der landwirtschaftlichen Staaten Osteuropas keimhaft vorgeahnt ist. Die eherne, kühle, darum nicht weniger begeisterte Sachlichkeit dieses Aspektes wird man immer wieder in allen Ansätzen der deutschen Revolution spüren. Man muß sich nur frei machen können

von der Eigensucht, von der Lüge und Enge der Gewohnheit, man muß sich frei machen können von der Bequemlichkeit und Dummheit der Masse, man muß als Generation, die solches will und schafft, nicht einen Haufen Menschen betrachten, sondern deren Ausdruck in den führenden und sprachfähigen Köpfen.

Sene Sachlichkeit faßt das Leben wie es ist, aber aus der Gerechtigkeit, wie sie sein soll; faßt die lebendige Idee, nicht die Theorie, nicht die blutleere Träumerei eines Pazifismus, einer Weltdemokratie. Sie weiß, daß der Wert bestimmt des Einzelnen und des vom Schicksal aufgerufenen Volks. Daher spürt sie die geschichtliche Stunde der deutschen Gemeinschaft. Sie eckelt das schäbige Wort „Enrichissez-vous!“ des Bürgerkönigs. Sie wird gequält von der großen Aufgabe der Sachwalterschaft Europas. Die europäische Gemeinschaft ersteht vor ihr. Und die nationale Duldsamkeit auf der Grundlage einer äußersten eigen-nationalen Gebundenheit, die schon durchschauert wird von dem religiösen Aufdämmern späterer größerer Zeiten der Erfüllung.

Dies wird erst alles, dies kämpft sich erst frei. Niemand ist heute im Stande zu sagen, wie die Form jenes geordneten Europas sein wird, wie der Menschentyp, der sie schafft, formelhaft benannt werden kann. Europa wächst nicht aus ledernen Theorien, es wächst aus der Verpflichtung und einer sozial und national gebundenen, unter einer religiösen Verheißung stehenden Sachlichkeit. Es wächst nicht in der Jugend, die alldies ja schon jugendhaft ist; es wächst aus ihr.

Noch werden wir die Rückschläge der Bürgerlichkeit, des Franzosentums erleben. Unfäglich wird der Kampf um die Zukunft werden. Die Revolution wird unzählige Phasen haben, wie z. B. eben mit Papen ein groteskes Zwischenpiel einer wilhelminischen Gruppe, die man schon gestorben wähnte, ablief. Ehe die Jugend in ihren Zielen nicht klar und völlig sicher wurde, ehe sie nicht viel mehr führende Stellen eroberet, wird die große Linie, in die sich die heute noch verwirrten Fäden einflechten, nicht scharf ausgezogen sein.

Aber die Eigenart dieser „heroischen“ Jugend ist schon unverkennbar. Sie empfindet unzählige Ressentimentgefühle der früheren Generation nicht mehr; sie ist Träger eines neuen Lebensgefühls. Es fehlt hier der Raum, dies an den immer vorausahnenden Künsten und dem sich langsam entwickelnden neuen Generationsstil zu zeigen. Es sei nur bemerkt, daß die Maschine und die Technik, der Sport und der Körper, das Verhältnis der Geschlechter zueinander in dieser Ge-

neration eine einfachere, selbstverständlichere Rolle spielen als in den früheren. Erst diese Jugend schickt sich an, die Technik innerlich zu „verdauen“. Ein Beispiel der neuen Lebensform sind auch die Bünde, die selbst in Siebenbürgen entstehen und auch unter andern jungen Völkern. Es tritt an Stelle der demokratischen Bindung die autoritative, zielhafte. Es wäre aber ein höchst bürgerliches Mißverstehen, wenn die ältere Generation meinte, diese Bünde durch Einschaltung älterer Menschen gängeln zu können. Das ist völlig ausgeschlossen. Nicht weil die Alten hinausgeworfen würden; nein, weil sie diese Lebensform nicht erfassen, würden sie scheitern. Denn diese junge Generation kann „sich nur auf sich selbst verlassen“. „Sie traut niemand mehr.“ Sie erkennt ihre Glieder unfehlbar. Sie sieht die Parole der Zukunft allen vom Gesicht, die ihr angehören. Der Schnitt zwischen Jetzt und Morgen ist unüberbrückbar. Er wäre von den Alten aus überbrückbar nur, wenn sie große Taten aufweisen könnten, die über die Taten der Front gestellt werden müßten.

Die sinnhaft in drei sich ergänzende Gruppen geteilte junge Generation geht heute durch das Fegefeuer der Leibes- und Seelennot, wie ihre Ältesten durch die Sperrfeuer gingen; sie bereitet sich vor. Sie hat die Aufgabe, das Gesicht der Zukunft zu bestimmen. Sie hat eine Sendung, die grauenhaft groß und entsetzlich strahlend ist. Sie rannte schon aus den Schützengräben die Stellungen des Materialismus ein, „erst fahrig und wild, dann immer geordneter und zielbewußter. Die erste schwache Welle stand vor dem Weltkrieg auf . . . aus den zermühten Gräben des Weltkriegs erhob sich die zweite Welle. Aber die Nation verstand sie nicht . . . eine machtvoll aufsteigende dritte Welle nahm den Funken auf, ergriff eine alte Form, wurde zu einer ganz großen Partei und Bewegung. . . Die vierte Welle aber ist nun die mächtigste und eigentliche: sie quillt aus den Tiefen der ganzen neuen Jugend, aus allen Herzen, aus allen Lagern. Sie trägt einen ganz neuen Namen. Und sie trägt das Banner einer unerhörten, mitreißenden Idee.“ Als Werkzeug eines höheren Willens wird „aus der Generation der Enterbten jetzt die Generation der Berufenen, wird einst die Generation der Auserwählten werden!“

Verstehe es, wer die Zukunft spürt. Hier scheiden sich die Wege.

Wir aber, hier in Siebenbürgen, hineingestellt in den Blutkreis der deutschen jungen Generation — was sollen wir tun? Die Zeiten wandeln sich, wo immer Deutsche leben — auch diese Erkenntnis erneute uns

der Krieg! Auch uns Siebenbürger Sachsen dröhnt der Ruf in die Ohren, den Hellhörigen schon vor mehr als zehn Jahren, den hellhörigen Jungen, Zurückgedrängten, maßlos Mißverstandenen. Auch unser Weg ist der der Vorbereitung. Der Weg des Kampfes gegen die Lüge, den Schmutz, die Lauheit, die Kurzsichtigkeit in uns selbst, aber mehr als das: der Opfergang der Erneuerung für unsere ganze östliche Heimat und diesen Staat!

Heft 12/1932, Seite 455-465

Bezirichte, Glossen, Lob und Tadel - 1932

Julius Vang. Am 20. Dezember 1931 starb plötzlich der erst fünfunddreißigjährige Direktor der deutschen Handelsmittelschule in Kronstadt Julius Vang. Bei Kriegsausbruch wurde er als Urmeeoffizier aus der Hermannstädter Kadettenchule ausgemustert, fiel einige Monate später schwerverwundet in russische Gefangenschaft, wo er entsetzliche und große Erlebnisse mit beispielloser Mannhaftigkeit ertrug. Er war nach Ausbruch der Revolution Zwangsarbeiter in einem Kohlenbergwerk, er organisierte die Kriegsgefangenen in Turkestan und ermöglichte vielen Tausenden einen Weg in die Heimat. Zwei Jahre lang lag er in einem Tschekagefängnis. Nach einem Fluchtversuch fiel er neuerlich in den Kerker und wartete wieder auf die Vollstreckung des Todesurteils. Durch einen Zufall gerettet, wurde er Chef der Gebietsverwaltung von Turkestan. Erst im Jahre 1922 konnte er nach Hause gelangen. In drei Semester absolvierte er die Berliner Handelshochschule, wurde Professor an der Handelsmittelschule in Kronstadt und wenig Jahre später deren Direktor.

In diesen kargen Daten ist ein Leben umrissen von unerhörter Spannung, Not, Kraft und Organisationsfähigkeit, Auf- und Abstieg, Abenteuer und Heldentum, wie es selbst in jenen Jahren, wo sich unglaubliche Schicksale tausendfach häuften, selten war. Prof. A. Hellmann schildert Vang in einem Nachruf so: „Diese Erlebnisse bestimmten seine Weltanschauung. Diese Erfahrungen nahmen ihm jeden Respekt vor Rang, Vermögen, Ehrungen. Hier wurde sein Blick scharf und unbestechlich, eindringlich in den Kern der Dinge. Hier wurde er der Phrase unzugänglich; hier bildete sich in ihm ein heidnischer, aktiver Pessimismus heraus, der vom Menschen das Schlimmste erwartet, aber selbst bereit ist, allem Menschlichen zu helfen, aus Abneigung gegen das Niedere und aus Lust an der Gefahr. So reichte die Menschlichkeit schon in dem aus der Gefangenschaft Heimgekehrten weit über sächsische Maße hinaus.“

Mit Julius Vang verlieren wir mehr als einen Helden des Weltkrieges. Sein jähes Ende ist entsetzenderregend und unbegreiflich, weil sich ihm, der einst als blutjunger Mann ein fremdes großes Land regierte, auch hier in der Heimat Wirkungsfelder darbieten, die er gerade in der letzten Zeit erkannte und gegen jene Widerstände erobern wollte, die sich bei uns solchen in den Weg stellen, die berufen sind. Ich denke hier nicht an sein Lehramt, obwohl er trotz seiner Jugend in wahrer Führertum die Kronstädter Handelschule zur Blüte brachte und, in seltener Kameradschaft mit seinen Mitarbeitern verbunden, die einzige Handelsbildungstätte des Deutsch-

lands in Rumänien immer gegen die Angriffe zu schützen wußte, die unbegreiflicherweise nicht etwa von rumänischer, sondern von sächsischer Seite gegen den Bestand der Schule geführt wurden. Sein Tod hat uns die Pflicht übertragen, gegen solche Versuche diese Anstalt, die stark besucht ist, deren Notwendigkeit auf der Hand liegt, mit der gleichen Entschiedenheit zu schützen, wie er es getan hat. Ich denke aber vornehmlich an den Mann des öffentlichen Lebens, der nun viel zu früh, noch ehe ihm die bescheidenste Möglichkeit zur führenden Arbeit eröffnet wurde, die Augen für immer schloß. Wir jungen Sachsen verlieren in ihm einen der Treuesten. Er hatte erkannt, daß jener Geist uns nützt, der am 7. Juni 1931 in Hermannstadt zur ersten großen Manifestation führte. Er wählte sich innerhalb dieser Bewegung die Aufgabe der nationalen Organisation der sächsischen Arbeiterschaft. Noch auf seinem Totenbette gedachte er des Kronstädter Arbeiterbundes, klar und zielbewußt, wie er immer war, auch in dieser letzten Stunde.

In Julius Vang ging ein geborener Führer von uns.

Ref. 1/1932, Seite
Heinrich Julius 32-33

Zentralisation und Dezentralisation. Es ist bekannt, daß vor einiger Zeit der nationalzaranistische Führer N. Voila das Projekt einer dezentralen Verwaltung Rumäniens bei Errichtung von autonomen Provinzen ausarbeitete. Die Broschüre wurde heftig angegriffen, kam aber verhältnismäßig rasch aus der Diskussion. Daß der Krebschaden der rumänischen Verwaltung die Zentralisierung ist, sieht jeder, der Augen hat, doch nahm man bisher an, daß Einwände gegen diese schematische und ungeniale Verwaltungskunst im wesentlichen nur von Seite der neuangeschlossenen Gebiete, vornehmlich in Siebenbürgen erhoben werden. Eine Broschüre des Jassyer Universitätsprofessors Giorge Pascu gewährt unter dem Titel „Autonomiea Moldovei“ (Biblioteca Revistei Critice, Jassy 1932) überraschende Einblicke in die Gedankengänge einer moldauischen Autonomiebewegung, zu der einstmals Leute gehörten wie Zorga, Cuza, der bekannte Dichter Sadoveanu, der frühere Minister und Nationalbankgouverneur Manoilescu, um aus einem Kreise erfolgreicher Staatsmänner und Professoren nur die bekanntesten zu nennen. Besonders überraschend ist für uns Siebenbürger die Erbitterung, mit der der Autor der Broschüre über die „Tyrannei“ der 4 Millionen Muntenier (eigentlich der Bukarester), über die 14 Millionen Moldauer und anderen Bewohner Rumäniens spricht. Die „Muntenier“ seien schuld daran, daß die Moldau vom Staate vernachlässigt werde. Obgleich wir Siebenbürger nicht gerade die Muntenier anklagen, sondern eine bestimmte geistige Haltung, die fast jeden erfährt, der zur Bukarester Krippe findet, ist die Geschichte der Moldauer Autonomiebewegung sehr aufschlußreich für die Spannungen, die innerhalb Rumäniens bestehen und noch immer auf den schöpferischen

Reformer warten. Pascu gibt wichtige Zitate. Ende 1918 bildete sich in Jassy eine Gesellschaft, die sich auf Vorschlag Zorgas und unter dessen Führung den Namen „Frăţiea Moldovei Unite“ gab. Sie forderte eine Dezentralisation der Verwaltung nach den historischen Gebieten mit energischen Ausfällen gegen „das zentralisierende, oligarchische Regime“, sie forderte municipale Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Beamten durch Einführung der Unversehrlichkeit. Das damals an den König gerichtete Memorandum wurde 1919 durch ein Projekt ergänzt, das die Schaffung von drei Provinzen mit folgenden Hauptstädten verlangt: 1. Bukarest für Oltenien, Muntenien und Dobrudscha, 2. Jassy für Moldau, Besarabien und Bukowina, 3. Klausenburg für Siebenbürgen; die Provinzen sollen Landtage mit Provinzbudgetrecht und Provinzministerien erhalten. Marshall Averescu verlangte am 23. Dezember 1918 ebenfalls die Autonomie der Gemeinden, Komitate und Provinzen. Die damals noch nicht mit der siebenbürgischen Nationalpartei vereinigte Bauernpartei nahm am 20. und 21. November 1921 solche Forderungen ins Parteiprogramm auf, wobei man nach Auslegungen Steres an 5 Provinzen dachte. Urgetoianu wollte als Innenminister 1921 Regionen schaffen. Der Plan scheiterte, weil das Kabinett stürzte. Urgetoianu setzte sich auch später für die Dezentralisation ein, indem er 1926 in einem Vortrag die unsinnigen, vor einigen Monaten immer wieder auch gegen Voila vorgebrachten Vorwürfe des Separatismus und der Staatsfeindschaft überzeugend entkräftete und mit den Worten abtat: „Das Wort Regionalismus wird fäglich als gleichbedeutend mit dem Ausdrucke Separatismus gebraucht. Das ist nicht nur eine rumänische Spracheigenschaft, sondern eine Blödigkeit in allen Sprachen.“ Averescu führte seine Verwaltungsideen nicht durch, auch die Nationalzaranisten verrieten ihre Dezentralisationspläne an ein windschiefes Kompromiß in der Form der satfam bekannten Regionaldirektorate. Als Zorga die Macht übernahm, erklärte er sich in Jassy neuerlich für die Errichtung einer Moldauischen Provinz aus der heutigen Moldau, Besarabien und Bukowina. Die Taten seiner Regierung sind einen anderen Weg gegangen, für den auch Urgetoianu zeichnet. Die Bukarester Luft ist anscheinend stärker als die Vorätze, mit denen sich die Politiker den Weg zur Macht pflastern.

Eines lehrt die Broschüre Pascus und die darin mitgeteilten Tatsachen: die Organisationsfrage Rumäniens ist bloß vorläufig gelöst; die historischen und landschaftlichen Kräfte des Landes drängen nicht nur in Siebenbürgen auf einen synthetischen Ausgleich; dieser wird allein durch die Dezentralisation in einer oder der anderen Form gefunden werden können, wobei man in gleicherweise an die Politik wie an die Kultur denken muß.

Volkserneuerung und 10-Jahrfeier der „Selbsthilfe“. In zwei ausgezeichneten Aufsätzen (Kronstädter Zeitung, 27. und 28. Mai) hat Dr. W. Breckner ein grundsätzliches Wort zu unserer Volkspolitik gesprochen. Er stellt fest: Kein Volk vermag zu bestehen in gefährdeter Lage ohne Idee, deren Erfüllung mit eiserner Konsequenz und Unerbittlichkeit erstrebt wird. Diese Idee sei für die Siebenbürger Sachsen ihr in den Friedensverträgen verankertes Recht. Zwar sei seit 13 Jahren von unserer politischen Führung vieles unternommen worden, um es zu erlangen, doch können Reden, Proteste, Interventionen, als Requisiten jeder Politik, in unserem Falle nicht ersetzen, was uns fehlte, den Kampf. Den wirklich vorbehaltlos geführten Kampf um das Recht! Man habe die Mittel, die uns die Verträge gaben, nicht ausgenützt. Man sei bei den Gerichten nicht klagbar geworden, man sei, trotz häufigen Ankündigungen, nicht nach Genf gegangen. Man habe den Mut zur Idee nicht gehabt. Und diese „Unentschlossenheit von oben lähmt unseren ganzen Volkskörper“. Die inneren Spannungen seien natürlich, angesichts einer solchen Führung, die den Helden im Menschen nicht aufrufe. Ja, es sei vor diesem Geiste der (zugegeben: virtuosen und uneigennütigen) Taktik jede Opposition, selbst in der Form der Unzufriedenenbewegung besser, weil sie wenigstens einen starken nationalen Lebenswillen zum Ausdruck bringe, während „die (offizielle) Mühle leer läuft“. Wer in unserer Mitte die Idee in ihrer Unbedingtheit wieder auf den Schild erhebt, werde die Volksorganisation, die nicht Selbstzweck sein darf, beiseite schieben und das Volk hinter sich sammeln.

Sier ist einmal von einem Manne, der nicht als Vertreter oppositioneller Gedanken auftritt, in glücklichen Formulierungen ausgesprochen worden, was in dieser Zeitschrift seit jeher betont wurde, was die sächsische Jugend bis weit in die Männerjahrgänge empfindet und was in der inneren Abkehr des Volkes von den Organisationen, im allgemeinen Mißtrauen, das gewiß oft häßlichen Ausdruck findet, sichtbar wird.

Wir wohnen nahe bei einander. Wurden bisher ähnliche Kritiken laut, so sind sie von den Betroffenen fast regelmäßig als persönliche Beeinträchtigungen empfunden worden. Das führte nur noch zu einer weiteren Verhärtung des taktischen Geistes der Vorsicht und Erfolglosigkeit in den Organisationen. Neue Ideen und Männer sah man ungern. Die Kraft, die sich im Kampfe für die Gemeinschaft bewähren sollte, wurde mit ungleich schärferem Mut in den inneren völkischen Streit eingesetzt. Die Spannungen wurden ärger. Das Verständnis für einander immer geringer. Während man bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit eines inneren Ausgleichs und der Einigkeit ausposaunte, ist nicht ein einziger großzügiger Versuch zur wirklichen Lösung der Spannungen unternommen worden. Wie die Dinge heute liegen, ist die Möglichkeit einer fruchtbaren Lösung gering, weil die geistigen Voraussetzungen dazu fast völlig fehlen. Die Führerschaft kann die Last einer dreizehn Jahre von ihr geleiteten erfolglosen Politik nicht abstreifen. Die Jugend wieder hat nicht den Glauben daran, daß eine grundlegende Wandlung bei den Taktikern der letzten Jahre möglich ist. Daß wir, trotz seit Jahren fälligen Versprechen und Ankündigungen, nicht nach Genf gingen, daß der Verband der Deutschen in Rumänien noch immer nicht lebt, weil ihm die dafür bestimmten Mittel einzufließen

unfähig waren, daß wir auf vielen anderen Gebieten lau und schwach waren und das Volk darüber selbst lau wurde, politisch demobilisiert hat — es kann nicht weg-gewischt werden. Die Organisationen aber, im Gefühl, ihre Pflicht getan zu haben, wehren sich dagegen, vor solchen Vorwürfen zu kapitulieren. Die verantwortlichen Männer erfassen kaum, daß es sich nicht darum handelt, in dieser oder jener Frage anders vorzugehen, sondern darum, von Grund auf, also wesentlich anders zu kämpfen als bisher. Darum halten sie empört an der von ihnen verfolgten Linie, die doch nur der Ausfluß eines bestimmten, unzeitgemäß gewordenen Lebensgefühls ist, fest und handeln dabei in gutem Glauben. Einen solchen Mann sahen wir noch nicht unter uns, der die Erfolglosigkeit der sächsischen Politik bei sich selbst suchte und den männlichen Entschluß faßte, den Irrtum einzugestehen und die Fahne frei-willig abzugeben. Und gibt man auch mitunter taktische Fehler zu, so bleibt doch der Kern, um den es sich bei allen Auseinandersetzungen der letzten Jahre drehte, unberührt. Daher kam es auch bisher keinem Politiker in den Sinn, um der Sache willen, koste es welche Überwindung immer, den inneren Frieden herzustellen. Dieser Frieden aber ist die einzige und notwendigste Pflicht in diesem Augenblick. Niemals war es nötiger, sofort, ohne Bedenken, die ganze Gemein-schaft zu einigem Einfluß zu bringen. Geschwacht wird darüber viel. Aber sehen wir die Tatsachen: wir haben den Politiker nicht, der dazu befähigt ist, denn es müßte einer sein, der sich eingestehen könnte, daß ein grundlegend Neues in die Volks-organisation einschließen muß. Und solch eine Erkenntnis verlangt ja in erster Linie von ihm selbst das Eingeständnis eines Irrtums, eines höchst persönlichen Versagens, also ein Opfer und eine Wandlung. Es verlangt den Verzicht auf die bisher durch die Jahre erworbene eigene Stellung und Amtsfülle und stellt einen solchen Mann, auf den wir nach solcher Umwandlung gewiß nicht verzichten könnten, in eine Front mit den Kräften und Ideen, denen er Raum gibt, indem er mit ihnen eine wirkliche Einigung trifft. Anders ist die Erfolglosigkeit der eigenen Politik nicht fühlbar. Solch ein Po-litiker, wenn er einmal die Wirklichkeit unserer Lage erkannt hat und mit der Pflicht der Einigkeit ernst macht, müßte befehen sein von diesem Ziel. Einigkeit kann man nicht dekretieren. Man muß sie schöpferisch in der Tat herbeiführen und dafür ist kein Opfer zu teuer. Die Wege der letzten Jahre sind nicht mehr gangbar. Nur neue Wege, nur eine wahre Umkehr kann uns retten.

Daß diese Gedanken nicht bloß leichter ausgesprochen werden als früher, sondern auch endlich zur Tat drängen, beweist der Entschluß der Volksratsitzung vom 2. Juni (über deren Verlauf wir im Juli berichten), im Herbst den Sachsentag einzube-rufen. Dieser oft geforderte Entschluß zeigt an, daß man ernst machen will mit der inneren Konsolidierung. Damit im Widerspruch steht nun allerdings die Auflösung der Volksratskanzlei, für die die Mittel von vielen Kreisausschüssen nicht gezahlt werden. Was wir von der Verantwortlichkeit der Führer eben sagten, be-zieht sich auch auf diesen Fall. Die Zuschußbeiträge der Kreisausschüsse sind so gering, daß es ein Zeichen der Unzulänglichkeit der Kreisausschuhobleute ist, wenn sie ihr Verbleiben im Amt nicht von der Gewährung der Beträge abhängig machen. Organi-ationen, die so wenig nationalen Opfer Sinn aufbringen, sind wertlos. Ein entschie-dener Führer wird es ablehnen, sie noch weiter zu führen. In diesem Fall zeigt sich die Größe unseres nationalen Versagens deutlich. Sehen wir von dieser Angelegen-heit ab, so hat die letzte Volksratsitzung doch eine wesentliche Umkehr wenigstens

in ihren Beschlüssen, besonders bezüglich der raschesten Vorbereitung unseres Weges nach Genf, ergeben. Wenn sich darin auch eine Wandlung des Geistes und eine Härtung des Abwehrwillens bekundet, so wäre der Boden gelegt, um die innere Eintracht zu finden.

Wer die Idee in ihrer Unbedingtheit auf den Schild hebt, wird das Volk hinter sich haben. Wir sehen die Idee unseres Volkes nicht bloß darin, daß wir unser Recht erkämpfen, wir sehen sie als geschichtliche Sendung im Kampfe um die innere Neugestaltung Europas, um die großen Aufgaben des Deutschtums im Südosten. Die Erzwingung unseres Rechts ist nur der Weg zur Erfüllung dieser Sendung und allerdings bloß möglich bei einer uns ehern bestimmenden nationalen — und was heute daselbe bedeutet: volkssozialen — Unbedingtheit. Es wäre furchtbar für uns, wenn wir bloß auf den großzügigen und ideenbeseelten Politiker, von dem ich eben sprach, warteten und das Volk nicht aus sich selbst den Geist entwickelte, der die Zukunft tragen kann.

Dieser Geist ist da. Das Volk als Gesamtheit ist wohl stumm. Aber die Volkheit, der geistig sprachfähige Teil des Volkes, sein Wesen also, hat sich ihm, wie wir vor einem Jahre schon ausführten, längst zugewandt. Er stammt aus den Schützengräben, aus der erlebten Todesbereitschaft für die eigene Sache. Er marschierte in die Nachkriegszeit hinein. Er bildete die Jugend. Er fand seinen Niederschlag in unzähligen Aussprachen jüngerer Männer. Er drang unbemerkt ins Volk. Seine Formulierungen, seine Vorschläge wurden oft übernommen, ja sein Tonfall wurde selbst den Gegnern geläufig. Besiegt hat er noch nicht.

Zu bündischer Form wurde er in den Jugendverbänden, aber auch in vielen Freundeszirkeln. Er umschließt viel mehr Menschen als man vermeint. Wo er sich recht, horchen viele auf. Es geht ein breiter Schnitt durch unsere Bevölkerung, zwischen jenen, die ihn in sich haben, und denen, die ihn nicht erfassen. Er wurde zur Organisation in der „Selbsthilfe“ des Fritz Fabritius, die vor kurzem ihr 10-jähriges Bestehen feierte und hier deshalb grundsätzlich betrachtet werden soll. Er ist nicht auf die „Selbsthilfe“ beschränkt, ja, er steht bei vielen der von ihm Erfüllten der äußeren Organisation der „Selbsthilfe“ kritisch gegenüber, aber bejaht ihr Wesen, weil es das eigene ist. Diesem Geist ist eigentümlich, daß er mit schärfster Witterung behaftet, das Unechte, das Absterbende, das innerlich Verlogene in unserem Volke spürt und angreift. Es ist ihm eigentümlich, daß er keinen Respekt vor der alten Hülle hat, daß er hart und angreifend ist. Er stammt aus den Schützengräben.

Er bejaht sich selber in der „Selbsthilfe“. Er bejaht das schlechtthin neue nationale Erlebnis, das in dieser Organisation wirkt, die Unbedingtheit des Bekenntnisses, den Schwung, der von ihr ausgeht und jeden packt, der Blut und Instinkt hat.

Die nationale Glaubenskraft, die heute die ganze Jugend hinter sich scharte, ist das Unbesiegbare, Zukunftschafter der Bewegung, deren Teil die „Selbsthilfe“ ist. Für ihre Wahrheit und Bedeutung zeugt, daß ihre Fehler und Übertreibungen, daß das oft unangenehme Kraftgeschrei, daß sogar manche wirklich grobe Entgleisung, die aus ideologischen Kurzschlüssen stammt, niemals den Glauben an sie erschüttern konnten.

Vor Tagen feierte die „Selbsthilfe“ ihre 10-Jahrfeier. Der äußere Rahmen des Festes interessiert uns hier nicht. Uns bewegt der Rückblick auf die 10 Jahre selbst. Als Fritz Fabritius mit wenigen Freunden zu wirken begann, da lachten manche. In unsäglich schwerer Arbeit wuchs der Bau, der ihm vorschwebte. Den sächsischen Wirtschafts-

führen, deren Denken kapitalistisch war, erschien es grotesk, daß da eine Bauparkasse mit politischen Bestrebungen verknüpft wurde. Man sah nicht, daß eine solche ideelle Grundlage dauerndere Sicherheit bot als Reieroen. Man traute in den wohlweisen Kreisen der Jugend nicht. Als aber auch unsere Banken in die Krise rutschten, da lebte die „Selbsthilfe“, die totgesagte, noch immer. Und stünden nicht die Häuser, die sie baute — neue eroberte, Gründe unseres Bodenbesitzes, neue Kammern unseres Volkes in diesem Lande! — hätte die Bauparkasse Schiffbruch erlitten, so wären immer noch ihre anderen Arbeitsfelder zu nennen, denn aus der neuen nationalen Gläubigkeit erwächst, wenn eine Idee zerbröckelt, eine andere. Nur die „Selbsthilfe“ allein war fähig, in der Krise neue Zweige ihrer Wirtschaftstätigkeit zu finden. Die Spargemeinschaft, die Rechenwirtschaft — solche Gedanken wachsen nicht auf dem Boden des Gewinnstrebens. Sie wachsen aus dem eigenen Einfaß.

Dieser Einfaß nimmt seine Kräfte aus der neudeutschen nationalen Bewegung im Reich. Fabritius betont bis zum Überdruß, bis zur Platttheit seinen Glauben an Sittler. Wir sind skeptischer. Wir tragen unsere Fahne nicht hinter diesem Mann allein, sondern hinter dem, was ihn selbst trägt: die große Wandlung im Reich und die ist tatsächlich eine nationale und eine soziale, wenn es uns auch noch nicht ausgemacht erscheint, daß es eine parteilich nationalsozialistische sein muß. Fabritius irrt, wenn er nur bei dieser Partei die Zukunft sieht. Nein, die Zukunft geht mit dieser Partei und auch gegen sie. Das näher auszuführen, fehlt jetzt der Raum, aber was in ihr groß und neu ist, wurde erst mit und neben ihr so mächtig. Und darum hat ein Mann der Propaganda wie es Fabritius ist, recht, wenn er seine Kräfte dort nährt. Aber die Propaganda, die vorbereitende Tat, ist noch nicht die befreiende Tat des Volkes selbst. Sie darf also irren, sie muß aber glauben. Die Tat selbst kann nur in der obersten Volksführung getan werden, die dieser Geist erobern muß.

Wir sind nicht bereit, einzelne Programmpunkte der Selbsthilfe in diesem Augenblick der Rückschau zu diskutieren. Wir wissen, daß da manches der Überprüfung nicht standhält. Wir wollen froh sein, daß es in unserer Mitte eine Bewegung gibt, die unser Volk aufrüttelt. Warum steht hinter ihr die Jugend, die heute allein die Zukunft spürt, während das Alter in einer Zeit unerhörtester Weltwandlung auf der Strecke zurückbleiben mußte, warum hält sie ihr die Treue? Weil in diesem Geiste, den Fabritius vorlebte und erweckte, die Unbedingtheit lebt, die unsere Rettung ist. Nur aus der nationalen Unbedingtheit kann die neue Führung entstehen, die ohne innerpolitische Kompetenz- und Machtbedingtheit auch die überzeugende Autorität hat, die „Selbsthilfe“ von manchen gedanklichen und programmatischen Irrwegen, die gefährlich wären, wenn sie in die Tat umgesetzt werden, zu befreien. Erst auf der Grundlage der wirklichen Kampfschiedenheit, des eigenen Einfaßes, des Mutes hat die Taktik eine erfolgversprechende Aufgabe.

Ep 6/1932
Seite 232-235

Christodynamik. Dies ist kein Wort aus einer Propagandaschrift der Gottlosen, sondern geradezu die Waffe der Gottgläubigen gegen die Gottlosen, wie wir einem Aufruf des Evangelisch-lutherischen Buchdienstes entnehmen, wo es von ungeschickten Wendungen wimmelt. Dieser evangelische Buchdienst, der gewiß das Beste will, erzählt in seinem Aufruf, daß unsere Zeit christlich unterbaut werden müsse, fragt dann „wie steht es bei uns?“ und antwortet: „Menschenweisheit — ohne Gott!“ Gewiß! „Herrscht Gott in unserer Geschichte- und Naturforschung, im Klassiker- und Rassenkult?“ Ob er im Rassenkult herrscht, weiß ich nicht, warum er aber im Klassikerkult nicht wenigstens teilweise — soweit es sich um sogenannte nahrhafte Kost handelt — herrschen soll, wird mir auch die evangelische Buchpropaganda, auf den Zahn gefühlt, nicht beantworten können. Und warum gerade die Naturforschung gottlos sein soll, können vielleicht die großen Naturforscher, die dem Priesterstand angehörten, beantworten. Der Aufruf setzt dann fort: zwar leugneten wir Sachsen Gott nicht geradezu, aber wir schalteten ihn überall aus, — was sicherlich stimmt! aber es dünkt uns doch leichter aufgerufen, als getan, wenn als Rezept dies verordnet wird: „Erlös alles Gewissenlose = Gottlose reinigen, dann aufbauen!“ Nun spricht der Aufruf von der Mittlerschaft Jesu und schließlich vom evangelischen Buchvertrieb. „Am wirksamsten wirkt jene Christodynamik aus sich selbst, durch solche Bücher, welche die Gotteskraft eben bezeugt“ und zum Schluß wird diese unglückliche Propaganda auch noch entschuldigt: „Die Propaganda-Ausmachung des evang.-luth. Buchdienstes findet ihre Rechtfertigung als Gegenwehr gegen die Taktik der Gottlosen“. Ob wohl Christus solche Dynamik mitmachte? Heinrich Zillig

Rep 6/1932, Seite 238

Neue Bücher und Schriften

Bücher zur Gegenwartssage. An erster Stelle sei eine ausgezeichnete Schrift über das deutsche Reparationsproblem von dem bekannten Verfasser des Werkes „Frankreich am Rhein“ Prof. Dr. Friedrich Grimm erwähnt, der in seinem neuen Werk „Das deutsche Nein!“ (Sansepoli-Verlagsanstalt, Hamburg) angesichts der Lausanner Reparationskonferenz, die am 16. Juni beginnt, alles zusammenfaßt, was der Deutsche jedes Erdstrichs über die Frage der politischen Tribute wissen muß. Wir weisen unsere Leser nachdrücklich auf die nicht umfangreiche Broschüre hin, weil sie unseres Wissens, ohne Aktenballast, am besten die ganze Entwicklung dieser Weltfrage wiedergibt und zugleich auch einen entscheidenden Punkt beleuchtet, der bisher wenig beachtet wurde: die öffentliche Erklärung der französischen Regierung, im Falle einer deutschen Zahlungsverweigerung keine militärischen Sanktionen zu ergreifen. Wenn man auch

238

solchen Erklärungen nur beschränkten Wert beimessen kann, so stärken sie die deutsche Zahlungsverweigerung, die von Reichskanzler Brüning schon zum Ausdruck gebracht worden ist, ebenso wie die politischen Möglichkeiten des Reichs, wenn Frankreich sein Wort brechen sollte. Die Lausanner Konferenz kann in ihrer Bedeutung nicht verstanden werden, wenn man ihre nun schon mehr als zwölfsährige Vorgeschichte nicht kennt. Die aber ist hier unvergleichlich plastisch gegeben. — Die drei Bücher, die wir nun aufzählen, werden uns noch beschäftigen. Sie sind grundlegend für die Einsicht in die weitere Entwicklung Deutschlands und des mitteleuropäischen Raumes. Zuerst: Moeller van den Bruck. Das Recht der jungen Völker (Verlag Der Nahe Osten, Berlin, 1932). Moeller van den Bruck ist der geistige Schöpfer des neuen deutschen Nationalismus. Auf ihn gehen die Keime zurück, die auch in der nationalsozialistischen Partei zur Entfaltung kamen. Ihn erfassen, heißt den Zukunftsweg der deutschen Nation begreifen. Seine klare Betrachtung des deutschen geistigen Gegensatzes zum Westeuropäertum, über die Bedeutung der östlichen Räume, der Blick für die Möglichkeiten und Anlagen der neuen Staaten, seine Beurteilung der sozialen Zustände sind der Boden, von dem sich nicht bloß die deutsche Erneuerungsbewegung den geistigen Samen holt, sondern der Grund, wo auch der, von parteimäßigen Verzerrungen nicht beschattete Nationalismus einer Gruppe junger Autoren erwuchs, deren Bedeutung für die politische Ideenbildung im Reich nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Es ist der Tat-Kreis, der sich um die bei Diederichs in Jena erscheinende Zeitschrift „Die Tat“ schart. Diese Zeitschrift, geführt von Hans Zehrer, gehört zu den wichtigsten Erscheinungen der Gegenwart, denn hier wird der Nationalismus aus der Sphäre des Gefühls hinausgeführt zu ganz klaren, eindeutigen Aufgaben. Diese Aufgaben — die prophetisch der leider verstorbene Moeller van den Bruck in seinen aphoristischen Aufsätzen, die in dem erwähnten Buche teilweise gesammelt sind, an den Nachthimmel der deutschen Gegenwart zeichnete — werden vom Tat-Kreis auch in Büchern weiter ausgebaut. Hier sei auf Ferdinand Frieds „Das Ende des Kapitalismus“ und auf Giselher Wirtings „Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft“ verwiesen. Das erste Buch führt den Beweis dafür, daß unsere Wirtschaftskrise einen Strukturwandel der Weltwirtschaft darstellt: deren Auflösung in autarke Großräume (für uns: Deutschland mit allen Staaten zwischen den Reichs- und den russischen Grenzen, was Wirtings Buch in allen Einzelheiten beweist). Diese Auflösung ist einerseits ein Verfallsprozeß des Kapitalismus, andererseits aber auch die Schaffung neuer Wirtschaftsformen, die planwirtschaftlichen Charakter haben, staatlich kontrolliert sind und innerlich national gebunden. Wirtings Darstellungen umreißen die auf solcher Entwicklungsgrundlage entstehende neue Gliederung Mitteleuropas als eine wirtschaftsföderative Verbündung, deren tiefere Wurzeln auch ins Geistige und Politische hineinreichen. Die drei letzt-erwähnten Werke sind in ihrer Wichtigkeit durch so oberflächliche Hinweise, wie wir sie hier geben, nicht annähernd ausgeschöpft. Da sie auch uns entscheidend berühren, sollen sie mit besonderer Berücksichtigung unserer Situation demnächst ausführlich behandelt werden.

*Rep 6/1932
Seite 238-239*

In der Sachgassenpolitik, in der wir uns bewegen, hin und her und her und hin, und aus der wir keinen Ausweg sehen, pflegen wir uns über alle Entscheidungen mit der Versicherung hinwegzusetzen, daß Politik die Kunst des Möglichen sei. Wir ziehen uns auf eine geschichtsphilosophische Ausflucht zurück, und entschuldigen uns mit ihr. Wir behaupten, daß wir gar nicht anders handeln können, als so, wie wir eben handeln. Wir verlagen, wir halten hin, wir schieben hinaus und können gleichwohl das Ende nicht abwenden.

Man sollte uns doch endlich mit diesem Möglichen versehen! Das Mögliche ist vielsdeutig, schwankend, schlüßend. Und an sich ist es grenzenlos. Möglich ist alles und nichts. Es umschließt genau so ein Maximum von Dingen, die Menschen durchzusehen sich bemühen, wie ein Minimum. Und nur unsere menschliche Schwachheit hat sich daran gewöhnt, mit dem Möglichen die Vorstellung eines Minimums an Forderungen zu verbinden. . . Kein Vernünftiger wird von einem Staatsmann ein Unmögliches verlangen. Wer ein Notwendiges ist, der bedient sich selbstverständlich der Möglichkeiten, die er für seine Zwecke vorfindet oder die er als Mittel herbeiführt. . . Notwendigkeit wendet die Not.

Und Politik ist die Kunst des Notwendigen.

Moeller van den Bruck

Politische Chronik. Aber allem, was heute in Europa geschieht, steht dies Wort von Moeller van den Bruck, dem großen Denker und geistigen Schöpfer der jungen deutschen Nationalbewegung. Das gleiche Wort steht auch über den Ereignissen der rumänischen Politik. An seiner Wahrheit ist die Jorga-Regierung gescheitert. Wir haben wenig Vertrauen, daß die nationalzaranistischen Nachfolger einen besseren Weg gehen. In ihren Gedanken bestimmt das Alte, die Ideologie eines in Auflösung befindlichen politischen Denkens, das Gestern; in ihrem Wesen die Labilität einer Generation, die ganz Europa in den Jammer führte. Ob die neuen „alten“ Parteimänner den Entscheidungskampf um diesen Erbteil wirklich übersehen, ist zweifelhaft; daß sie es nicht wagen werden, für die natürlichen Interessen Rumäniens

Partei zu ergreifen und damit aus Zuschauern zu Handelnden der epochalen Auseinandersetzung zu werden, mehr als gewiß. Wir leben noch immer im Abetgang. Vielleicht ist es der Wille der Vorsehung, daß er so lange anhält. Die schöpferischen Gedanken, die heute nur die Jugend denkt, gewinnen so Zeit auszureifen. Eine Jugendbewegung gibt es bloß in Deutschland. Alles, was sich jugendlich gebärdet in anderen Ländern, ist daran gemessen belanglos. Erst der Sieg der nationalen Umschichtung in Deutschland, die eine geistige, seelische und charakterliche Verjüngung bedeutet, wird die ausweglose Politik des Erbteils dynamisch machen. Dann tritt auch Rumänien vor die entscheidende Frage seiner Umorientierung. Sie wird ihm bald gestellt werden. Bis dahin wird es durch die Krise, durch den wirtschaftlichen Verfall, durch die grausame, aber überzeugende Lehre der Not für die rechte Antwort vorbereitet sein. Es wird erfährt haben, daß ein Volk aus seinen geopolitischen Gebundenheiten nicht ungestraft fortstreben kann, daß es für Rumänien ein Widerstand ist, der sich zuerst in wirtschaftlichen Folgen auswirkt, wenn es seinen Schwerpunkt nach Paris verlegt und als Schuldnerland Gläubigerpolitik macht, die sich vornehmlich in der manischen Festhaltung der Währungsstabilität und in der Unfähigkeit gegen den Kaufkraftschwund im Inland äußert. Unser Rettungsmittel ist geopolitisch gegeben und heißt Außenhandel. Daß Außenhandel für uns nur ertragreich ist, wenn er durch feste Abmachungen mit den Staaten, die als Kunden und Lieferanten — wieder aus geopolitischen Gründen — immer in Betracht kommen, gesichert wird, wenn er also den freien Weltmarkt umgeht, beginnt man zu ahnen. Diese Erkenntnis fordert eine Annäherung an Deutschland und an den von ihm vorwiegend bestimmten wirtschaftlichen Großraum: Mittel- und Mitteleuropa; man muß also mit den Staaten dieses Raumes wirtschaftsfördernde Bindungen suchen, denen selbstverständlich auch politische Folgen beizugehen. Man sieht es wohl, aber man fürchtet sich, den Gedanken zu vollziehen. Das lächerliche Spiel um den deutsch-rumänischen Präferenzbetrag, der uns den ersten Schritt in dieser Richtung bot und uns sofort einen zufälligen Abjag eröffnet hätte, zeigt, bis zu welchem Maße die Verwirrung in Bukarest dominiert. Es ist hier nicht der Raum, um die Änäl von Empfindungen und politischen Ängsten zu durchleuchten, die immer wieder den Ausschlag geben, wenn uns Frankreich seine unmißliche Hand ausstreckt. Wir leben aus dieser Gnade, aber wir leben schlecht. Wir leben wider die Natur. Denn Frankreich kann uns kaum noch etwas geben und dies Etwas ist auch nur wenig Geld, das in einigen Monaten verpufft. Aber man fürchtet noch, daß eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland politische Wirkungen haben könnte, vornehmlich in der Revisionsfrage. Nun — gegen eine Revision ist Frankreich aus eigenen Interessen eingestellt, genau wie Rumänien, das immerhin den Vorteil hat, an den von Deutschland geforderten Revisionen höchstens mittelbar interessiert zu sein. Eine Revision in Polen und in der Tschechoslowakei wird kommen, der Anschluß Österreichs ans Reich wird kommen und der große autarke Wirtschaftsblock Deutschland-Mitteleuropa wird kommen. Rumänien wird dabei sein. Es könnte heute schon darauf hinarbeiten und außerordentlichen Gewinn ziehen. Schuß Frankreichs gegen Rußland? Wenn Rußland marschiert, steht entweder Europa geschlossen dagegen auf, aber nur, wenn seine heutige Situation grundlegend geklärt ist, d. h., wenn Deutschlands Forderungen erfüllt sind, oder es entsteht ein europäischer Krieg, der Frankreich am Rheine bindet. Ginge in dieser Konstellation Rumänien mit Deutschland

und Rußland, so wäre es von unmittelbarer Gefahr frei, die beßarabische Frage ließe sich über Berlin lösen. Ja, es könnte sogar Neutralität bewahren.

Diese großen Fragen geistern am Himmel. Sie werden noch manches rumänische Kabinett stürzen, bis ein Mann das Ruder übernimmt, der wieder zu handeln wagt. Der Regierung Torga weinen wir nicht nach, wir fluchen ihr nicht. Sie hat Befehle mißachtet, wie andere auch. Sie war entschlußlos in ernstesten Fällen, wie in der Bankenkrise. Sie hat Neuerungen gebracht, wie die Konvertierung der Bauernschulden und damit vielleicht guten Willen bewiesen, aber noch mehr Unklarheit. Sie gab den Minderheiten ein Staatssekretariat, das als eine Institution, aus der einmal etwas Fruchtbringendes werden kann, auf die Habenseite gebucht sei, wenn auch seine bisherige Bedeutung gering ist.

Ziehen wir die Schlußrechnung: Das Jahr der Torga-Regierung hat keine wesentlichen Entscheidungen gebracht. Aber Absichten und Schwächen triumphierte die Krise.

Nun müssen wir wieder an die Wahlurne. Der Ausfall der Wahl für die Parteienverteilung ist nicht schwer vorauszusagen. Es wird auch diesmal beim Alten bleiben, denn von den heutigen Parteien ist nichts zu erwarten. Dagegen hat die Wahlauschreibung die strukturellen Verschiebungen im Deutschthum des Landes, von denen schon oft die Rede war, noch deutlicher hervortreten lassen. Aber auch hier gilt das Wort Moeller von den Brucks.

Niemals ist die Frage unserer Wahltaktik so ernstlich diskutiert worden. Es besteht kein Zweifel darüber, daß angesichts des Verhaltens aller rumänischen Parteien uns gegenüber eine Kandidierung unserer Parlamentsanwärter auf einer eigenen Liste die klarste Lösung gewesen wäre. Dies ist in verschiedenen Aufsätzen unserer Presse auch gefordert worden. Am schärfsten in der oppositionellen, wobei z. B. von der in Kronstadt seit kurzem erscheinenden radikalen „Sachsenburg“ und der „Selbsthilfe“ in starker Anlehnung an die nationalsozialistische Bewegung im Reich unser Alleingehen u. a. darum verlangt wurde, weil das deutsche Volk als das Mehrheitsvolk in Mitteleuropa keine Minderheitenpolitik machen dürfe. Tritt in dieser Forderung der Gedanke vor, daß die Gemeinbürgerschaft aller Deutschen lebendiger werden müsse, so unterschreiben wir sie, mit der Bemerkung, daß sie sich in erster Linie an die Reichsdeutschen richtet, die bis heute auch in den radikal-nationalen Flügeln über ein gefühlsmäßiges Verbundensein mit dem Auslandsdeutschthum nicht hinausgelangt sind und es in ihrer Politik fast gar nicht berücksichtigen. Überall im Reich wird noch viel zu kleindeutsch und nationalstaatllich gedacht. Nur wir Auslandsdeutschen sind die wirklich schaffenden Vorläufer einer größeren deutschen Schicksalsgemeinschaft, die mit dem ganzen Volke plant. Es ist darum abwegig zu meinen, wie es die „Sachsenburg“ tut, daß die „Gestaltung der Beziehungen zum rumänischen Staat und mithin die Wahrung unserer Rechte“ „nicht Aufgabe innerpolitischer Aktionen“ sei, sondern Aufgabe des Reiches, daß wir daher eigene Positionen aufheben müßten und grundsätzlich bloß durch den Minderheitenminister (der doch kein deutscher, sondern ein Minister der Minderheiten Rumäniens ist) unsere Interessen vertreten lassen sollten, der überdies die Verbindung zwischen Reich und Rumänien zu pflegen hätte (als ob es nicht deutsche Gesandte gäbe). Solche Träume sind unreal. Wir haben die Pflicht, uns selbst zu verteidigen. Wir haben bis noch keine Gewähr, daß uns das Reich oder kommende deutsche Machthaber beschützen und würden Mannesmut, Idee, Glauben verlieren, jede Lebensberechtigung selbst verschmerzen, wenn wir aus unseren

Hoffnungen auf die deutsche nationale Bewegung, die doch im eigenen Handeln ein Echo finden muß, solche Konsequenzen ziehen. Nein, wir sind unseres Schicksals Schmied. Daß wir allerdings aus der beginnenden stärkeren Bindung des deutschen Volkes an alles, was deutsch ist und lebt, einen Antrieb erfahren und erstreben müssen, der auch unsere politischen Ziele beeinflusst, ist klar. Gerade, weil diese tieferen Vorgänge auf eine Neuordnung der europäischen Situation hinzielen, ist es schmerzlich, daß wir auch diesmal den Weg des Wahlpaktes mit der Regierungspartei gegangen sind. Er war aus taktischen Gesichtspunkten von den Volksräten gewählt worden, weil die Einigkeit der Deutschen in den außer siebenbürgischen Gebieten zu gering ist, um bei deutschen Listen einen sicheren Wahlerfolg zu verbürgen. Damit wurde nun allerdings ein eigenes Versäumnis zur Begründung gemacht. Der Verband der Deutschen in Rumänien, dessen Impotenz bekannt ist, hätte die Einheit längst schaffen müssen und können. Wenn wir uns heute hinter den Pakt mit der Regierung, der uns überdies weniger Abgeordnete zubilligt, als wir sie unter Jorga hatten, stellen, so mag eine gewisse Beruhigung höchstens darin gesucht werden, daß politische Verpflichtungen nicht übernommen wurden. Zwar meinen wir, daß ein freier deutscher Wahlkampf ungeahnte nationale Kräfte erweckt hätte, die bei richtiger Führung des Volkes der Ausgangspunkt zu einer tiefreichenden inneren Konsolidierung hätten sein können. Dazu gehört aber eine andere Blickrichtung als die heute noch bestimmende. Und so hat das Gegenargument, daß bei einem Wahrscheinlichen — durch langjährige eigene Fehler bewirkten — Mißerfolg einer deutschen Liste kein einziger Abgeordneter, der den Volksräten nahesteht, unsere Interessen vertreten werde, was unbedingt Schaden brächte, Gewicht, solange man eben mit einem nur taktisch verbundenen Volke rechnet.

Nach Abschluß des Wahlpaktes gelang es im Banat, zwischen dem Schwäbischen Volksrat und der Freien Deutschen Gemeinschaft schon längere Zeit andauernde Einigungsverhandlungen zu einem günstigen Ende zu führen. Damit ist die schwäbische Front zwar noch nicht vollständig geschlossen, aber doch wesentlich gestärkt worden. Unmittelbar findet dies seinen Ausdruck auch darin, daß ein Vertreter der bisherigen Opposition unter die Abgeordneten kandidaten aufgenommen wurde.

Die Entscheidung der Volksräte ist verpflichtend geworden. In Siebenbürgen sind die alten Abgeordneten kandidiert und damit die inneren Verlagerungen nicht berücksichtigt worden. Es hätte nichts geschadet, wenn man wenigstens die zwei schwächsten Abgeordneten ausgelassen und durch neue Leute ersetzt hätte.¹⁾ Von einem höheren Standpunkt aus ist dies aber günstig: gerade durch diese offizielle Bestätigung des Bisherigen wächst der Druck zur inneren Klärung. Die außer sächsischen Zerzetzungs-

¹⁾ Im Burzenland fand eine Vorwahl statt, die in vieler Hinsicht lehrreich ist. Der seit Jahrzehnten im Burzenland zum Abgeordneten gewählte Direktor des sieb. Landwirtschaftsvereins Frh. Connerl stand hier dem von der „Selbsthilfe“ aufgestellten Kandidaten Dr. Alfred Bonfert gegenüber. Für Connerl, der vom Landwirtschaftsverein gerade als Vertreter der Bauernschaft unterstützt wurde, war große Propaganda gemacht worden. Bonfert war in der Stadt nicht bekannt, auf dem Lande wenig. Nun ist es als ein Beispiel für das Maß, in dem die offiziellen Körperschaften als Ausdruck des Volkswillens gelten dürfen, bezeichnend, wie die Abstimmungen ausfielen: Der Volksrat schlug Connerl als Burzenländer Kandidaten einstimmig vor, der Burzenländer Kreisausschuß mit allen gegen vier Stimmen. Die Vorwahl im ganzen Burzenland mit Einschluß Kronstads brachte Connerl aber nur rund 60%, Bonfert rund 40% der Stimmen; die Bauernstimmen fielen zu 54% auf Connerl, zu 46% auf Bonfert, die Bauernstimmen des Burzenländer Oberlandes zu 41% auf Connerl und 59% auf Bonfert. Diese Ergebnisse beweisen wieder die Notwendigkeit zu tiefgreifenden inneren Klärungen.

erscheinungen verpflichten ebenfalls dazu. Wäre durch Beteilung an den Mandaten die Jugend selbst für die taktische Politik verantwortlich gemacht worden, so hätte es sie belastet. Nun kann sie nach der Wahl umso freier dafür eintreten, was heute in ihr an neuen Zielen lebt und was die einzige Ideenquelle unserer Politik ist. Die Früchte werden bald reif sein. Für Siebenbürgen ist der Sachsentag die erste Etappe. Es sei hier noch bekanntgegeben, daß der Vorsitzende des Vollzugsausschusses der Versammlung vom 7. Juni 1931 Alfred Pomarius den Volksrat auf seine im Sächsischen Volksprogramm verankerte Pflicht zur Auflösung und Neuwahl der sächsischen politischen Körperschaften in Folge der Parlamentsauflösung aufmerksam machte. Die grundsätzliche Forderung nach sofortigen Neuwahlen werde aber vorläufig von dem Vollzugsausschuß der erwähnten Versammlung zurückgestellt in der sicheren Erwartung, daß der für den Herbst einberufene Sachsentag auch eine Neuordnung des Wahlverfahrens bringen werde, dessen erste selbstverständliche Folge die eigentlich jetzt schon vorzunehmende Neuwahl unserer Körperschaften sein muß.

26/8/1932
Seite 272-276

K L I

wart
hilfe,
sagt d
Gegen
Haupt
sind z
Motor
das B
diesbe
samml
bekenn
der an
Eintra
keinst
bestim

„Sächsisches Volksoffer“. Wir verweisen auf das Septemberheft des letzten Jahrganges, wo wir über die erste Versammlung in Kronstadt berichteten, die die Schaffung eines sächsischen Volksoffers ins Auge faßte. Die Vertreter dieser Idee bestanden damals fast ausnahmslos aus Anhängern der am 7. Juni 1931 in Hermannstadt gefaßten Beschlüsse. Nun überhitzte sich kurz nach der Kronstädter Volksoffer-Versammlung die innerpolitische Atmosphäre, da die Wahlen zu den Kreisausschüssen unmittelbar bevorstanden. Es wurde der Verdacht laut, daß das Volksoffer nur ein taktisches Mittel sei, um das Wasser auf die Wahlmühle der Leute vom 7. Juni zu treiben. Diese Verleumdung konnte nicht anders pariert werden, als daß wir die Durchführung des Opfergedankens hinausshoben bis in eine Zeit, wo die geängstigten Gemüter sich beruhigten und wo es möglich erschien, wirklich alle Volkskreise zur Mitarbeit zu bewegen.

Eine in Kronstadt vor wenig Wochen abgehaltene große Versammlung ist nun endlich an die Verwirklichung geschritten. Ein dort bestellter vorbereitender Ausschuß gab nachher einen Aufruf heraus, der sich vorläufig in erster Linie an Kronstadt richtete. Wir zitieren daraus die wichtigsten, allgemein bedeutsamen Stellen und bemerken noch, daß die Eintragungen in die Opferbücher rasch vorwärtsschreiten: „Dies Sächsische Volksoffer ins Werk zu setzen und damit den Sieg einer Gesinnung vorzubereiten, die allein uns aus unserer gegenwärtigen Notlage helfen kann, hat am Montag, den 30. Mai l. J., eine große Versammlung in Kronstadt stattgefunden, die sich grundsätzlich zum Opfergedanken bekannt hat. In ihrem Auftrag hat der namentlich unterfertigte Vorbereitende Ausschuß Ziel und Durchführung des Volksoffers in gründlicher Weise beraten und legt nun das Ergebnis der sächsischen Öffentlichkeit vor: 1. Unumstößlich bleibt für diese Volksspende der Charakter der freiwilligen Beitragsleistung über die schon bestehenden kirchlichen und völkischen Verpflichtungen hinaus. 2. Der Zweck dieses Volksoffers soll sein: a) Die Schaffung eines Nationalfonds durch Zielsparen, um verlorengegangenes Volksvermögen wieder einzubringen, wobei eine wertbeständige Anlage selbstverständliche Voraussetzung ist. Das Erträgnis des Nationalfonds soll, sobald er eine gewisse, von der Spenderversammlung festzusetzende Höhe erreicht hat, die kirchlichen und nationalen Lasten der Volksgemeinde erleichtern. b) Die Mithilfe zur Lösung dringender Gegen-

wartsaufgaben durch Zuwendungen an Kirche und Volk wie: Arbeitslosen-hilfe, ländliche und städtische Siedlung, Boden- und Hauschutz usw. Das Volksoffer faßt demnach die Bildung eines Nationalfonds und ein Notopfer für die Gegenwart in sich. Bezüglich der Verteilung der eingesammelten Beträge auf diese beiden Hauptzwecke geht der Vorschlag des Ausschusses dahin, die eine Hälfte dem Nationalfond zuzuführen, die andere aber für die unter b) genannten Gegenwartsaufgaben (Notopfer) bereitzustellen. 3. Die Verwaltung und das Verfügungsrecht über das Volksoffer steht ausschließlich der Spenderversammlung zu. Die Regelung aller diesbezüglichen Einzelheiten bleibt einem Statut vorbehalten, das die Spenderversammlung beschließen wird. 4. Jeder Sachse, der sich zur Idee des Volksoffers bekennt, bringt dieses Bekenntnis dadurch zum Ausdruck, daß er sich in eines der an verschiedenen Stellen aufliegenden Volksoffer-Bücher einträgt. Diese Eintragung bedeutet jedoch nur die grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Volksoffer, keineswegs aber die Verpflichtung zur Zahlung einer bestimmten Summe für eine bestimmte Zeit. Vielmehr schätzt sich jeder bei den vierteljährlich erfolgenden Sammlungen immer wieder nach Gewissen und Vermögen selber ein. Die erste Sammlung findet Anfang Juli l. J. statt. Indem wir hiemit diese grundsätzlichen Feststellungen und im Zusammenhang damit die vorläufigen Richtlinien zur Durchführung des Sächsischen Volksoffers der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, sprechen wir den dringenden Wunsch und zugleich auch die gewisse Zuversicht aus, daß diese große Sache, aus der Stadt des Honterus ausgehend, in doppeltem Sinn zu einer Sache des ganzen Volkes wird: Einmal dadurch, daß auch die anderen Städte und Gemeinden sich freudig zur Idee des Sächsischen Volksoffers bekennen und zur Tat schreiten und dann dadurch, daß es hier keine Scheidung mehr geben darf in Bezug auf Alter, Lebensanschauung und politische Einstellung, sondern höchstens eine Scheidung zwischen lauen, geizigen, toten Seelen und dem lebendigen erweckten Gewissen der Nation! Jeder Volksgenosse bedenke, daß auf ihn mitgerechnet ist, daß es auf sein Opfer auch ankommt, und sei es noch so klein! Eine entscheidende Zeit ruft unser Geschlecht zur entscheidenden Tat: Möchte es von der Waage des Weltgeschicks nicht zu leicht befunden sein! Kronstadt, am 3. Juni 1932. Der vorbereitende Ausschuß für das Sächsische Volksoffer: Prof. Dr. A. Hermann, Vorj., Dr. S. Zillig, Schriftführer, Th. Hermel, Kassenwart, D. Dr. V. Glöndys, Bischofsvikar und Stadtpfarrer, A. Graf, Lederhändler, Dr. W. Gull, Syndikus, A. Schuller, Architekt, W. Staedel, Pfarrer.“

7/1932,
Jc: 4276-279
✓

Politische Chronik. Der Ausfall der rumänischen Wahlen für die gesetzgebenden Körperschaften brachte keine Überraschungen. Die Regierung gewann die Mehrheit der Mandate durch das ungerechte Prämienwahlssystem und die deutschen Wähler waren es, die sie ihr verschafften. Eine Tatsache, die politisch ausgenützt werden muß.

Wie zu erwarten, hat sich die deutsche Wahldisziplin in Siebenbürgen im allgemeinen bewährt. Im Banat, wo bekanntlich eine gewisse Klärung vorhandener inner-schwäbischer Spannungen knapp vor den Wahlen erfolgte, hat sie sich bedeutend verbessert: auch dies eine Lehre für die Zukunft. Nicht gegen die verschiedenen Strömungen in unserem Volke, sondern nur bei ihrer gerechten und großzügigen Wahrnehmung wächst unsere Kraft. Wer dies bis heute noch nicht verstanden hat, ist ein Volksschädling oder hoffnungslos unbegabt und eigenfischig.

Gerade von diesem Standpunkt aus haben die programatischen Wahlreden unserer Abgeordneten Bedeutung. Als am 7. Juni 1931 zahlreiche jüngere Männer unseres Volkes in Hermannstadt ein Volksprogramm in großen Strichen für die Zukunft aufstellten, gab es damals und später keine Stimme, die auch nur einen Punkt öffentlich abgelehnt hätte. Wittstocks Buch über die Nationsuniversität, im geheimen von manchen Betroffenen als Unsinn verschrien, erfuhr meines Willens auch keine Ablehnung vor der Öffentlichkeit. Und dieses Buch war es, das vor den

314

Parlamentswahlen des letzten Jahres in mancher Abgeordnetenrede zu der Forderung führte, die Lage unserer Nationsuniversität sei nun endlich zu regeln. Ein Gedanke der Jugend war aufgegriffen worden. Zusammenbruch und Bankenkrise der nächsten Monate standen plötzlich im Vordergrund. So kam es wohl, daß die Frage der Nationsuniversität noch immer nicht geklärt ist. Ein Jahr verging und nun merken wir aus den Reden unserer Abgeordneten, daß nicht nur diese eine Forderung, sondern noch andere wesentliche Bestandteile unseres Denkens auch in das offizielle eingingen. Wir begrüßen es, aber wir fordern die Tat. Am aufschlußreichsten für die Einstellung der Abgeordneten ist die Rede ihres jüngsten Kollegen, der auch der einflußmächtigste ist, die Rede, die Dr. Hans Otto Roth in Schäßburg hielt und die nach einer ausgezeichneten Klarlegung der politischen Lage zu den Worten führte, die beinahe wörtlich so schon in dieser Zeitschrift zu lesen waren: „Besinnung auf uns selbst und Sammlung der ganzen Nation zur Verteidigung von Gut und Leben. Unsere Politik soll auch weiterhin von Klugheit und Überlegung getragen sein, aber gleichzeitig unterbaut von unerbittlichem Entschluß.“ Nachdem dann Roth erklärte, daß die „Arbeit an der Schaffung der wahrhaftigen und politisch durchgebildeten Volksgemeinschaft in Rumänien die tragende Idee unserer gesamten deutschen Politik werden möge, kam er auf die inneren Gegensätze zu sprechen, die „nie gewaltsam behindert werden“ dürfen, und fuhr fort: „Vielleicht kommt Männern meines Alters die Rolle eines Vermittlers der Generationen zu. Die große nationale Bewegung, die das deutsche Volk bewegt, zeigt schon heute zwei bedeutame Errungenschaften: Die Weckung des Opferfinns im deutschen Volk und die Neuaufrichtung des Sendungsgedankens. Wir Deutschen des Auslandes, deren Geschichte ein Gemeinschaftserleben erster Ordnung ist, haben scharfe Ohren für derartige Entwicklungen. Die deutschen Minderheiten waren die ersten Träger des Volksgemeinschaftsgedankens und werden auch dann noch unerschütterliche Anhänger dieser tief sittlichen Auffassung des Volksgedankens sein, wenn die Politik des großen deutschen Volkes schon längst andere Prägungen angenommen hat. Gegensätze und Spannungen hat es in einem gesunden Volke immer gegeben. Moeller van den Bruck hat das sinnvolle Wort gesprochen: Wir müssen die Kraft haben, in Gegensätzen zu leben und über die Gegensätze hinaus die Synthese des Lebens zu finden.“ Das sächsische Volk hat seit Jahrhunderten die Aufgabe, in Gegensätzen zu leben und doch die Gemeinschaft zu erhalten und weiter zu gestalten. Ich traue dem Verantwortungsgefühl und dem historischen Sinn unseres Volkes zu, die Gemeinschaft auch in diesen Zeiten über alle scheinbaren Gegensätze hinaus zu erhalten und unter Verwertung aller fruchtbaren Gedanken unserem Volkstum einen neuen Lebensstil zu geben.“

Außer dem Wort von den „scheinbaren“ Gegensätzen ist jedes andere zu unterschreiben. Die Gegensätze sind da und sie sind Gegensätze des Lebensstils. Wenn wir die Synthese zwischen ihnen mit unerbittlichem Entschluß zu finden bestrebt sind, werden sie sich lösen, aber nur in einer Synthese, nur in einer höheren Ausgleichung. Wie die Synthese sein wird und welche These in ihr vorwiegend bestimmen muß, sagen Roths Worte über die Neuwedung des deutschen Sendungsgedankens und des Opferfinns. Unser Volk muß innerlich zu seiner Jugend zurückkehren, wobei Jugend geistig als das Bekenntnis zu dem eigenen großgesehenen Geschick zu verstehen ist, aber auch — nach den furchtbaren Enttäuschungen der letzten Jahrzehnte —

als das Bekenntnis zu den Trägern solcher Erkenntnis und die sind in der leiblichen Jugend unseres Volkes zu finden.

Wir warten nach so treffenden Worten auf die Tat! Auf die schon lang erwartete. Woher sie kommt, ist gleichgültig; daß sie aus der Jugend kommen wird, ist natürlich und schon zu sehen. Es ist unser Glück, wenn sie im Verein mit der älteren Generation synthetisch auftritt, und nicht als Antithese mehr Sturm über uns bringt, als der Frucht nötig ist.

Es ist keine Zeit zu verlieren. Schon ballt sich in Deutschland die Zukunft eines ganzen Erdteils zusammen. Sie erscheint in einer Gewitterwolke. Niemals kam eine geschichtliche Stunde anders als drohend. Uns gibt sie Kraft.

Heft 8/1932, Seite 315-316

~~Heinrich Zillich~~

ikgs

Arbeitslager. Zuerst im Jahre 1931, heuer gleich an zwei Stellen, in Nimesch und Henndorf, werden von Jugendverbänden und der "Selbsthilfe" Arbeitslager veranstaltet, wo sich Burschen und Mädchen aller Stände gemeinnütziger Arbeit zugunsten der Herbergsdörfer hingeben. Hunderte sind es schon! Dem Anreger und Leiter der Arbeitslager Dr. Alfred Bonfert ist es zu danken, daß wir diesen wirklich fruchtbaren Gedanken aus Deutschland übernahmen, der mehr als alles Reden die Jugend dem Volke verbindet und dieses seiner Schicksalsgemeinschaft näher bringt. Mit der Arbeitslagerbewegung werden wir uns ausführlich beschäftigen, wenn die Arbeitszeit in Henndorf beendet ist.

Heft 8/1932, Seite 817
Heinrich Zillich

Sachsensitag. Wir haben es erlöst begrüßt, daß der Volksrat vor einigen Monaten beschloß, im Herbst einen Sachsensitag abzuhalten und damit nach Jahren innerer Gärung an den Neubau unseres Volkshauses zu schreiten. Mit einiger Verblüffung merken wir nun, daß sich Stimmen regen, es möge der Sachsensitag nicht unbedingt an einen Termin gebunden werden. Es möge erst allerlei vorbereitet und vorher ausgeglichen werden. Daß ein Sachsensitag nicht wie eine Kirchweih begangen werden kann und daß dazu Vorbereitung gehört, ist selbstverständlich. Es sind Monate seit der Erbringung des Beschlusses verfloßen. In unzähligen Aufsätzen, in Klatsen von Tinte, in Aussprachen, die aneinandergereiht Monate füllen würden, sind seit vielen Jahren unsere Volksfragen begutachtet, umstritten, beleuchtet worden. Zahllos sind die Vorschläge und Entwürfe. Wer in den letzten Monaten nicht Zeit fand, daraus einen Standpunkt zu wählen, der wird es wohl auch nicht können, wenn man ihm noch einige Monate Zeit läßt. Wenn es nötig sein sollte, die verschiedenen Standpunkte großer Bekenntnisgemeinschaften vorher auf einander abzustimmen, so wollen wir um drei oder vier Wochen nicht hadern, aber die Behauptung, es sei noch nichts vorbereitet worden, ist unzutreffend. Es gibt Entwürfe! Einer von ihnen, der in unmittelbarer Verbindung mit den Beschlüssen vom 7. Juni 1931 ist, wird in nächster Hefte dieser Zeitschrift, das wahrscheinlich noch vor dem 1. Oktober ist, in vergrößertem Umfang erscheint, vorgelegt werden. Er stellt die Arbeit langer Überlegungen dar. Er ist langsam herangereift aus den im Klingfor vertretenen Ideen. Es ist unsere Überzeugung, daß auf seiner Grundlage dem lebendigeren Geist unseres Volkes der Weg frei gemacht werden kann.

Heinrich Jälich

• Eben erschien auch ein Entwurf der Selbsthilfe, den wir in nächster Hefte kurz berühren wollen.

Haben wir bei den letzten Wahlen die 2% erreicht? Bei den letzten Parlamentswahlen erregte keine Frage die Deutschen dieses Landes so stark wie jene, ob wir mit der Regierungspartei einen Wahlpakt schließen oder allein mit eigener Liste in den Kampf gehen sollen. Grundsätzlich wurde von allen Seiten die eigene Liste als die rechte Lösung betrachtet. Aber vor ihrer Durchführung warnte man mit der Begründung, daß wir, wenn auch zahlenmäßig etwa 4,7% der Gesamtbevölkerung Rumäniens, den vom Wahlgesetz vorgeschriebenen Anteil von mindestens 2% aller abgegebenen Stimmen schwerlich erreichen werden, der nötig ist, um uns an der Aufteilung der Mandate teilhaben zu lassen. Mit Rücksicht auf diese Erwägung schlossen wir denn auch einen Wahlpakt mit der Regierung, der — wie leicht erweislich ist — den Nationalzaramisten überhaupt erst die Mehrheit der Sitze verschaffte. Nach der Wahl ist der Streit über unsere grundsätzliche Stellung eingeschlafen. Dies ist bedauerlich, weil man aus der Anzahl der abgegebenen deutschen Stimmen eine Grundlage für spätere Entscheidungen finden könnte. Ist es uns bei den letzten Parlamentswahlen geglückt, 2% aller abgegebenen Stimmen zu erreichen? Diese Erhebung möchte vom Verband der Deutschen in Großrumänien durchgeführt werden, dessen Ausschuß kürzlich sagte, zum Leiter der Zentralstelle in Bukarest Dr. Richard Csaki, den bekannten früheren Leiter des Kulturanimes, wählte und damit anscheinend aus seinem Schlaf zu erwachen beginnt. Eine Erhebung in den siebenbürgischen Städten wird, da durch die Wahlvertrauensmänner eine Liste der abgegebenen deutschen Stimmen angefertigt wurde, möglich sein. Anders liegen die Dinge in den Dörfern. In den übrigen deutschen Siedlungsgebieten wird vermutlich eine solche Wählerkontrolle nicht überall stattgefunden haben. Dennoch ließe sich durch Nachfragen und auf dem Wege über die Kreisausschüsse ein annähernd treffendes Bild unserer Gesamtwahlkraft bei den letzten Wahlen ermitteln. Wir zweifeln nicht, daß es uns gelungen ist, die erforderlichen 2% zu erreichen. Aber erst eine auf Grund von Erhebungen errechnete zahlenmäßige Beweisführung wird überzeugen und für spätere Entscheidungen bestimmend sein, wenn unser Volk bis dahin nicht soweit innerlich gekräftigt ist, daß es gleichgültig um den Erfolg sein Bekenntnis fortan nur auf die eigene Fahne ablegt. Von einer solchen inneren Wandlung erwarten wir allerdings mehr als von allen Zahlenbeweisen und Zahlenerfolgen. *Kep 9/1932, Seite 357*

Zur Wahl des Bischofs. Ein höherer Geistlicher der evangelischen Landeskirche macht uns im Anschluß an den im letzten Hefte erschienenen Aufsatz über die bevorstehende Bischofswahl auf einige sehr wichtige Wahlmängel aufmerksam. Er hält es nicht, gleich uns, für wesentlich, daß noch vor der Bischofswahl die kirchlichen Körperschaften durch Verhältniswahlen aufgefrischt werden, weil seiner Meinung nach alle irgendwie in Betracht kommenden Bischofskandidaten, sicherlich auch bei der jetzigen Besetzung der Presbyterien, der Landeskirchenversammlung zum Vorschlag gebracht werden. Er sieht das Bedenkliche aber vornehmlich darin, daß die Amtsmitglieder der Landeskirchenversammlung, wenn sie geschlossen auftreten, unbedingt den Ausschlag geben können, das Laienelement also völlig übergangen wäre. Ein solcher Block der Konsistorialräte, Dekanten, Kuratoren usw. ist nun bei der kommenden Wahl nicht zu befürchten. Damit hätten also die gewählten Mitglieder, die knapp in der Mehrheit sind, die Möglichkeit, den „Volkswillen“ erfolgreich zu vertreten. Da diese Mitglieder leichter zu beeinflussen sind als die amtlichen, wird sich das Schwergewicht der Wahlpropaganda auf die Bezirkskirchen-

versammlungen legen, die die gewählten Mitglieder der Landeskirchenversammlung zu entsenden haben. Diese Entsendung geschieht bekanntlich immer von neuem für jede Landeskirchenversammlung. Die Auswahl der Bischofswähler wird demnach mit ganz besonderem Eifer vor sich gehen. Wir haben keinen Kandidaten, der von vornherein als der „kommende Mann“ in den überwiegenden Teilen des Volkes betrachtet wird. Diesmal wird es also zu einer „Kampf“-Wahl kommen. Die Beeinflussung der Bezirkskirchenversammlungen wird äußerst heftig sein, umso mehr als die Anzahl der von ihnen in die Landeskirchenversammlung zu entsendenden nicht-amtlichen Bischofswähler erstaunlich klein ist und damit eine Propaganda leicht zum Erfolg führen kann. So entsendet z. B. der große Bistritzer Bezirk bloß 5 Bischofswähler; überlieferungsgemäß sind davon zwei Bauern. Die Stadt Bistritz hat demnach sage und schreibe: bloß drei Bischofswähler zu stellen, die den „Volkswillen“ vertreten, das heißt: den durch die bestehende Wahlordnung schon stark „gesteuten“ Willen der Allgemeinheit. Es wird der in einem Bezirk bestimmenden Gruppe, die durchaus nicht die Mehrheit verkörpern muß, und sie wahrscheinlich in keinem einzigen Falle vertritt, ein Leichtes sein, drei solche Männer zu bestimmen, die ihr zu Willen sind. Hier zeigen sich die „organisatorischen Mängel der Wahlverfassung“ in aller Kräßheit. Wir können diese Darstellung nicht anders schließen, als der erwähnte Geistliche seinen Brief an uns schloß, nämlich mit den Worten unseres ersten Aufsatzes: „Es beschleicht uns ein Gefühl der Verzweiflung...“ Gleichfalls auf Wunsch eines Geistlichen möchten wir die Aufmerksamkeit noch darauf hinlenken, daß die Bischofswahl keinesfalls — wie wir es selbst leider getan haben — allein als eine siebenbürgisch-sächsischen Angelegenheit betrachtet werden darf. Die 1919 der siebenbürgischen Kirche angeschlossenen evangelischen Gemeinden anderer Siedlungsgebiete geben diesmal zum erstenmal ihre Stimme ab. Wir wissen, daß es nicht in allen Fällen gelungen ist, die kirchliche Vereinigung zu einer, auch seelischen Einheit umzuschaffen. Der zukünftige Bischof hat hier eine große Aufgabe. „Bischof Teufsch war durch seine ehrwürdige Persönlichkeit eine Autorität. Der neue Bischof wird diese erst durch die Freiheit seiner Anschauungen, in der er auch Andersgeartetes mit gleicher Liebe umfaßt wie das Allgewohnte, erringen müssen.“

Seinrich Jillich

Kep 9/1932, Seite 357-358

Zum Sachsentag! Die Selbsthilfebewegung hat vor kurzem einen Entwurf zum sächsischen Volksprogramm veröffentlicht, der gleich dem, im vorigen Hefte enthaltenen Entwurf des Alingsfor-Kreises als Vorschlag für den Sachsentag zu werben ist. Wir stellen erfreut fest, daß die wesentlichen Grundlinien des Selbsthilfe-Entwurfes unserem Vorschlage entsprechen. Wir brachten dies auch dadurch zum Ausdruck, daß wir Teile daraus wörtlich übernahmen und darauf bedacht waren, alle anderen grundsätzliche beachtlichen Forderungen der Selbsthilfe mitzuvertreten. Wir trennten aber die programmatischen Setzungen von den organisatorischen, um die Vermengung dieser beiden Gebiete, die auch im alten Programm vorgenommen wurde, zu vermeiden. Bekenntnis, Ziel und Aufgabe, die ins Programm gehören, erscheinen auch in diesem, während die Volksverfassung, also die rechtliche Zusammenfassung unseres Volkskörpers, in klarer Form zum Ausdruck gelangt. Wir konnten uns beim Volksprogramm begnügen mit der Führung der großen Linien. Deshalb blieb eine Reihe von Einzelheiten unberücksichtigt, die die Selbsthilfe innerhalb der Grundsätze erwähnt; gerade vom Standpunkt der Führerverantwortlichkeit, den die Selbsthilfebewegung vertritt, erschien es uns unwichtig, Einzelheiten zu regeln, die sich nach den Gegebenheiten der Zeit ohnehin logisch aus den Grundsätzen ableiten lassen. Dadurch hat unser Entwurf an Geschlossenheit gewonnen. Ein Vergleich dieses Entwurfes mit dem der Selbsthilfebewegung wird dies bestätigen und zugleich die Fälle hervortreten lassen, wo unser Weg streckenweise anders verläuft.

Da aber die Aberein Stimmung doch die einzelnen Abweichungen als unwesentlich erscheinen läßt, finden gegenwärtig Beratungen statt, um für den Sachsentag, der noch in diesem Jahre stattfinden muß, durch Ausgleich der Verschiedenheiten einen von möglichst weiten Kreisen vertretenen Vorschlag fertigzustellen. Zugleich wird mit den offiziellen Führerkreisen eine weitere Verbindung gesucht werden, um unsere Vorschläge zum Vorschlag des ganzen Volkes umzugießen. Gelingt dies, so wird die Tätigkeit des Sachsentages in dieser Hinsicht ein Organisations- und Programmwerk schaffen, das als einheitliche Willensäußerung der sächsischen Nation gelten darf. Wir vermerken mit Genugtuung, daß sowohl die Vorschläge der Selbsthilfe wie die des Alingsfor-Kreises in einigen sächsischen Blättern, vornehmlich im Großhokler Boten, eine ernste und sachliche Besprechung fanden. Der Schäßburger Kreis-ausschuß hat sich ebenfalls in durchaus günstigem Sinne mit unseren Vorschlägen befaßt.

Bedauerlich ist es, daß der Termin des Sachsentages noch immer nicht genau festgesetzt wurde. Nicht wegen einer Abrechnung mit dem Bisherigen, mit Führern und Personen fordern wir den Sachsentag noch für dieses Jahr, sondern erstens aus einem formalen Grunde: Der Volksrat beschloß im Frühling, den Sachsentag noch in diesem Herbst abzuhalten. An dieses Versprechen ist er gebunden. Wir halten es für unvereinbar mit der ethischen Bedeutung dieses Amtes, wenn das Versprechen nicht eingelöst wird. Treu und Glauben wäre damit von der höchsten Volksführung vernichtet. Niemand hätte vor seinem Gewissen ein Recht, einem solchen Volksrat noch weiter Achtung zu schenken. Aber nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch deshalb, weil unsere volkspolitische Lage der Klärung von Tag zu Tag dringender bedarf, muß der Sachsentag sobald als möglich stattfinden. Es

gehört ein gerüttelt Maß dilettantischer, aber auch in den Motiven ansehnlicher Oberflächlichkeit dazu, wollte man noch jetzt davon träumen, daß mit einem schweigenden Hinausziehen der Klärung die notwendigen Verschiebungen in der Volksführung zu vermeiden wären. Wer soll den Gewinn einer solchen Taktik ernten? Höchstens einige Personen, die zu fallen fürchten, niemals das Volk. Und wir treiben doch Politik im Namen unseres Volkes, dessen Lage gebieterisch eine Klärung fordert. Diese Klärung, kann am Sachsentag nicht allein durch die Annahme eines neuen Programms und einer Verfassung erzielt werden. Sie wird erzielt, wenn wir — wie wir dies im letzten Hefte darstellten — den Frieden im Inneren durch sachliche Aussprachen und Befriedigung gerechtfertigter Ansprüche schaffen, wenn wir weiter der Not unserer Wirtschaft und Kirche durch die Zusammenfassung aller Volkskräfte entgegen treten. Dazu gehört nicht bloß der immer verschleppte Alage-weg beim Völkerbund, nicht nur die Einleitung von Verhandlungen zur Sanierung unseres total festgefrorenen Kreditwesens — dazu gehört noch viel mehr! Bei den jetzt laufenden Verhandlungen zwischen den verschiedenen Gruppen unseres Volkes mögen die Vorbedingungen zur Schaffung der Einheitsfront dadurch erfüllt werden, daß die Jugend ihre Forderungen vorbringt, am besten noch ehe der Sachsentag stattfindet. Diese Forderungen sind, soweit es sich um grundsätzliche Fragen handelt, in den veröffentlichten Programmen und Entwürfen zusammengefaßt. Die Forderungen umfassen aber auch die Festlegung der wichtigsten Arbeiten der politischen Führung für die nächste Zeit, wie z. B. die Befristung unseres Weges nach Genf, das bindende Versprechen, bei Staatswahlen eine deutsche Liste aufzustellen usw. Und sie umfassen weiter Personenfragen.

Die Klärung ist notwendig. Darum sind die Vorbedingungen zur Klärung sachlich von allen Teilen zu prüfen. Das kann in einer Woche geschehen. In der nächstfolgenden kann der Sachsentag stattfinden, wenn man es ehrlich will. Dieses Wollen allerdings entscheidet über uns alle. *Heft 41/1932, S. 437 — Sächsischer Junge 438*

Tagung des Verbandes der Deutschen in Rumänien. Eine Tagung des deutschen Verbandes fand vor kurzem in Tarutino statt. Nach den Pressemeldungen zu schließen, scheint wirklich endlich Leben in diese Organisation zu kommen. Das Bekenntnis zu erhöhter Aktivität, das der Verband ablegte, erfolgt wohl etwas spät, aber es sei, da inzwischen eine Kanzlei errichtet und ein Sekretär angestellt wurde, als Weglösung für den neuen Kurs anerkannt. Die Tagung war im wesentlichen eine Besprechung der seit Jahren bekannten offiziellen Führer. Als faßbares Ergebnis sei vermerkt, daß die Deutschen der Dobrudscha fortan eine eigene Volksorganisation unter einem deutschen Volksrat für die Dobrudscha bilden, und daß man beschloß, bei den nächsten Staatswahlen eine deutsche Liste einzureichen — dies sei besonders freudig verbucht. Den Beschluß werden wir, die ihn schon lange gefordert haben, nicht vergessen.

Kopf 11/1932, Seite 440

Heinrich Stittich

Kein Minderheitenamt mehr! Ohne Sang und Klang ist mit dem letzten Regierungswechsel, der Maniu wieder ans Ruder brachte und mit ihm die letzte Reserve einer innerlich sterbenden, geistig überalterten Partei, das Minderheitenamt verschwunden. Dieses Ereignis hat zwei Seiten. Einmal eine rein persönliche: Brandsch war der alte Freund der nationalen Bauernpartei, war vor allem der Freund des Ministerpräsidenten. Er hat diese Freundschaft manchmal mit einer Treue gehalten, die uns zu weit getrieben schien. Die freundschaftliche Erwiderung, die ihm dafür nun zuteil wurde, überrascht nicht uns. Sie wird ihn zum Nachdenken bringen. Der letzte Anhänger der Atmosphärentheorie in der bisher vertretenen Form ist damit wohl belehrt worden. Eine uns freundliche Atmosphäre werden wir bei den rumänischen Parteien nur dann schaffen, wenn wir uns unentbehrlich machen und wenn wir zugleich unser Recht mit rücksichtsloser Zähigkeit und Schlagfertigkeit verteidigen. Kraß ausgedrückt: wer in beinahe 14 Jahren immer nur auf die Gnade der Stärkeren hoffte, wer die ihm durch Verträge gegebenen Rechte nicht bis zum letzten Forum (wie es der Völkerbund für uns ist) zu verteidigen suchte, wer im Gegenteil noch durch süßes Paktieren besonderes Verständnis für seine eigene Schwächung bewies, der beklage sich nicht, wenn seine kulturelle, kirchliche und Schulautonomie in Fehen hängt, wenn ihm Grund und Boden abgenommen wurde, wenn er aus Amt und Würden fliegt. Das gilt für Volk und Person. Nur wahre Mitarbeit am Staate, wie wir sie oft forderten und wie sie von manchen Männern unseres Volkes erfolgreich auch schon getan wird, und dabei härtester und auch angriffsweise geführter Kampf ums Recht werden uns eine günstige Atmosphäre eröffnen.

Das Minderheitenamt war als Anfang einer staatlichen Organisation zur Lösung der Minderheitenfrage gut, als Institution unterstützungswert. Aber es hatte Mängel, die solche in der Zukunft liegende Vorteile ausglich. Es mag in vielen Einzelfällen private oder lokale Leiden der Minderheiten gelindert haben. Es hat aber die grund-

sätzliche Frage unseres würdigen Lebens in diesem Staate nicht einmal aufgeworfen. Die Bilanz über den anderthalbjährigen Bestand zeigt keinen Gewinn, sie zeigt bei freundlicher Betrachtung Vorteile und Nachteile ausgeglichen. Die Nachteile lagen auch darin, daß es uns, die den Führer des Amtes stellten, uns Sachsen nicht etwa äußerlich, nicht etwa parteipolitisch, wohl aber durch die uns eigene Art der viel zu vorsichtigen Spekuliererei band. Man hatte in manchen Wochen des letzten Jahres das untrügliche Gefühl, daß unsere politische Vertretung nur deshalb leise auftrat, weil Brandsch im Ministerrat saß. Das war die schlimmste Seite dieses Amtes. Und dennoch müssen wir uns, nun da es mit einer erregenden Wortlosigkeit weggestrichen wurde, gegen eine solche Behandlung zur Wehr sehen. Still darüber hinwegzugehen, vielleicht gar froh zu sein, daß uns eine gewisse Fessel abgenommen wurde, was ja nur dann ein politischer Vorteil für uns wäre, wenn wir das Amt fallen gelassen hätten — das wäre unwürdig. Man kann uns nicht in einem Jahre mit süßen Versprechungen ein Unterstaatssekretariat schenken, um es im nächsten mit nichtsagenden Vertröstungen auf die Zukunft wegzunehmen. Entweder haben wir noch Blut in den Adern, dann werden wir diese Behandlung nicht nur durch einen Protest zu parieren wissen, oder wir bieten noch die andere Wange dar.

Heinrich Stittich Kopf 11/1932, Seite 440-441

Bischof D.Dr.Viktor Glondys. Wir haben die Wichtigkeit der Bischofswahl in früheren Heften nachhaltig unterstrichen. Nun, da auf der Landeskirchenversammlung am 14. November die Entscheidung für D.Dr. Viktor Glondys fiel, ziemt sich nur noch ein Blick in die Zukunft. Es wird bei uns viel von Autorität und ihrer Notwendigkeit gesprochen. Mag sie auch an zahlreichen Stellen durchlöchert sein, was nach dem Wesen der Autorität niemals eine Schuld des Volkes ist, so steht doch das eine höchste Amt, das Amt des Bischofs, noch immer im Vollbesitze der Achtung und Autorität über dem Getriebe der Führer und der Masse. Daß sich diese unantastbare Stellung durch die Leistung und den Glauben des neuen Bischofs segensreich bewähre, ist unser aller Wunsch, der nicht aus dem Schoße einer Partei kommt, sondern aus dem heißen Willen zur tätigen Erneuerungsarbeit, die gerade die jüngeren Kreise unseres Volkes leisten wollen, an Seite des Bischofs, von dem wir ein starkes, neuartiges und gerechtes Wirken erwarten und fordern. In der Zuversicht auf die Zukunft grüßen wir ihn!

Heft 12/1932 Seite ~~485~~
Heinrich Zilllich (481)

Sachsentag und Volksprogramm. Wir berichteten im letzten Hefte, das zwischen dem Klingforkreis und der „Selbsthilfe“ Verhandlungen bevorstünden, um die Verschiedenheiten der von den beiden Seiten ausgearbeiteten Entwürfe für ein neues Programm und ein Organisationsstatut des sächsischen Volkes auszugleichen. Diese Verhandlungen haben inzwischen stattgefunden und eine völlige Übereinstimmung ergeben. Die unterschiedlichen Punkte wurden angeglichen, so daß beide Teile den gleichen Standpunkt vertreten. Es folgten hierauf Verhandlungen mit Abgeordneten Dr. Hans Otto Roth, um womöglich in gemeinsamer Zusammenarbeit eine Einigung über den Entwurf zu erzielen, den Roth im Auftrage des Volksrates zu entwerfen übernommen hatte und der nach Befestigung durch den Volksrat als offizieller Entwurf dem Sachsentag vorgelegt werden soll. An der Verhandlung mit Roth waren beteiligt Dr. Waldemar Guff, Alfred Pomarius, Professor Schunn, Erwin Wittstock

und Heinrich Zillisch. Es gelang eine Übereinstimmung zu erzielen über die drei ersten Abschnitte des Programmes (siehe Oktoberheft). Der inzwischen von Roth ausgearbeitete sogenannte „erste Entwurf zum Volksprogramm“, den der Vollzugsausschuß des Volksrates annahm und der gegenwärtig den Kreisauschüssen zur Begutachtung vorliegt, enthält alle Punkte des vom Klingforkreis vorgelegten Entwurfes zum großen Teile in wörtlich übereinstimmender Fassung. Ausgenommen wurden in diesen Text zahlreiche Einzelorderungen der „Selbsthilfe“ und eine Reihe wichtiger, von Roth vorgeschlagener Punkte, vornehmlich Forderungen an den Staat. Es ergab sich also erfreulicherweise eine Einigung über die Grundlagen unserer politischen und nationalen Existenz. Die auf diese Weise zusammengestellte Fassung weicht in keinem wesentlichen Punkte von dem ursprünglichen Klingfor-Entwurf ab. Daher sind die drei ersten Abschnitte des offiziellen Entwurfes für uns annehmbar.

Dagegen ließ sich in der Frage des Neubaus unserer Volksorganisation nur eine begrenzte Annäherung erzielen. Eine textliche Angleichung der Entwürfe war unmöglich, weil sich angesichts des umfangreichen vom Klingforkreis vorgelegten Organisationsstatutes die Frage erhob, ob nicht einige der darin enthaltenen Bestimmungen praktischerweise in eine Geschäftsordnung einzureihen wären. Infolgedessen wurden nur die Grundsätze der Organisationsaufbaus beraten. Es ist überflüssig, den Gang der Besprechung wiederzugeben. Es sei daher nur angemerkt, worin sich der nachher abgefaßte offizielle Entwurf von dem des Klingforkreises unterscheidet. Es fehlen alle Bestimmungen, die den Sachsentag zu einer periodischen Einrichtung machen, wie wir es wollen. Der Volksrat soll nicht, wie wir es verlangen, zur Hälfte von den Urwählern gewählt, sondern zur Gänze durch Bescheidung aus den Kreis- auschüssen gebildet werden wie heutzutage — eine Bestimmung, die wir ablehnen. Es fehlen alle Vorschriften des Klingfor-Entwurfes, die eine wirksame Kontrolle der Abgeordneten und Senatoren besonders auch hinsichtlich ihrer Kompatibilität ermöglichen. Es fehlen die Vorschriften über das Arbeitsamt, obgleich dieses selbst genannt wird. Es fehlt die Zweiteilung der obersten Volksführung in einen Volksobmann und einen Volksratsvorsitzenden, insofern auch die Wahl des Volksobmanns durch das Volk, wie wir es im Einklang mit der Selbsthilfe von Dr. Hans Otto Roth verlangten. Es fehlen die Bestimmungen über die Möglichkeiten einer früheren Auflösung des Volksrates und der Kreis- und Ortsauschüsse, ebenso alle grundlegenden Vorschriften für das Nationale Gericht. Es fehlen die Bestimmungen über eine wirksame Festlegung der Verantwortlichkeit des Volksobmanns (Volksratspräsidenten) und der Kreis- und Ortsauschühsobleute. Die nötige Machtförkung des Volksobmanns ist nur durch die Bestimmung gegeben, daß die Kreis- und Ortsauschühsobleute ihm persönlich verantwortlich seien. Der Titel „Kommes“ wird nicht erwähnt. Begrüßenswert ist in dem offiziellen Entwurf die Bestimmung, daß der Volksrat das Recht erhalten solle, Vertreter in die völkisch wichtigen Berufsverbände und wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen des Volkes — hierunter sind auch Banken zu verstehen — zu entsenden; weiter die Einrichtung einer berufsständischen Vertretung im Volksrat, Kreis- und Ortsauschuß; und schließlich noch die Einführung des verpflichtenden Verhältniswahlrechtes in den Kreisen und des fakultativen in den Gemeinden. Der Schlüsselpunkt des offiziellen Entwurfes spricht aus, daß die Neuorganisation bis Ende März 1933 zu erfolgen habe. Bis dahin sollen die gegenwärtigen Körperschaften die Geschäfte weiter-

483

führen. Das heißt also: die Neuwahlen der Körperschaften haben vor Ende März zu erfolgen.

Wir wollen gerne anerkennen, daß auch der offizielle Organisations-Entwurf, besonders durch die Einführung des Verhältniswahlrechtes einen Fortschritt gegen früher bedeutet, eine befriedigende Lösung stellt er nicht dar. Die von uns aufgezählten Punkte sind grundsätzlicher Art. Wir können von den Kontrollbestimmungen für die Parlamentarier, den Volksobmann, die Kreis- und Ortsauschühsobleute nicht abgehen. Wir können die Forderung nach teilweiser Zusammenfassung des Volksrates durch die Urwähler nicht fallen lassen, ebenso wenig die von uns vorgelegten Bestimmungen über den Sachsentag. Wir halten die genauere Abgrenzung der Aufgaben des Nationalen Gerichts und des Arbeitsamts für nötig.

Das offizielle Projekt wird — wie man erfährt — nach der Begutachtung durch die Kreis- und Ortsauschüsse dem Volksrat Mitte Dezember vorgelegt, der dann den Termin des Sachsentages beschließt. Wie mir Dr. Hans Otto Roth mitteilte, wird dieser Termin entweder noch in den Dezember oder in die ersten Tage des Januar fallen. Die kurze Verschiebung ist nach der langen Verzögerung nicht wesentlich. Wichtig ist bloß, daß die Kreise, die die von uns vertretenen Forderungen zum neuen Volksprogramm unterstützen, für sie wirken.* Wir werden unsere Wünsche als Zusatzforderungen zum offiziellen Volksprogramm dem Sachsentag zur Abstimmung vorlegen.

Hef. 12 1932, Seite 483-484 Heinrich Zillisch

Erfolg eines sächsischen Buches. Wir verwiesen schon einmal auf den großen Erfolg, den Meschendorfers Roman "Die Stadt im Osten" in Deutschland errungen hat. Zum erstenmal ist damit ein Buch der siebenbürgisch=sächsischen schönen Literatur nicht bloß in einen großen Verlag aufgenommen, ~~sondern~~ sondern durch zahlreiche anerkennende Würdigungen bedeutender und führender Männer in die forderste Front des zeitgenössischen Schrifttums gestellt worden. Mag auch in den meisten Kritiken der nationale Wert des Romand, der in einer guten aufnahmebereiten Stunde ins Reich kam, und sein für Deutschland unbekannter Stoff in erster Linie beachtet worden sein - die Zuerkennung der silbernen Medaille der Deutschen Akademie in München, die auch Viktor ~~Orendi~~ Orendi=Hommenau überreicht wurde, gehört in diese Kategorie der Anerkennung - so ist die Prämie, die der Deutsche Sprachverein der "Stadt im Osten" zuerkannte, doch wieder neben anderen Würdigungen als literarische Wertung aufzufassen, deren wir uns alle schon deshalb freuen müssen, weil durch Meschendorfer hier ein Damm durchbrochen wurde, der unser künstlerisches Schaffen von Deutschland bisher stark abriegelte. Den ersten Damm riß Meschendorfer vor nun bald zwei Jahrzehnten bei uns selbst ~~ein~~ ein, als er der strengen Kunstkritik des Westens zu uns den Weg ebnete. Daß er nun auch als erster den äußeren Gewinn dieser Tat empfängt, ist eine schöne Gerechtigkeit der Vorsehung.

SLCP 12/1933, S. 486

Heinrich Zillich